

Millionen-Boni und wo bleibt unser Teuerungsausgleich?



René Kunz,
Grossrat,
Regierungsrats-
kandidat, Präsi-
dent SD Kanton
Aargau, Reinach

Es gab und gibt Spitzenmanager, die mehrere Millionen* Boni pro Jahr verdienen. Ihre Profitgier führte in den letzten Jahren dazu, dass manche sogar zweistellige Millionenbeträge* pro Jahr «verdienten» oder wie das Volk sagt, «abzockten». Gleichzeitig wurde darüber diskutiert, die BVG-Renten zu kürzen oder bei der AHV nicht die volle Teuerung zu geben. Zudem gewährte manche Firma in den letzten Jahren ihren Angestellten auch nicht die volle Teuerung. In einigen Firmen gab es sogar keinerlei Teuerungsausgleich. Und die Krankenkassenprämien stiegen und steigen auch immer mehr. Das spürt unser Volk im Portemonnaie! In dieser Situation lancierte

der Schaffhauser
Unternehmer

Thomas Minder die sogenannte Abzocker-Initiative. Er war der Meinung, dass gegen diese Exzesse der Wirtschaftsbesse nur mit einer eidgenössischen Volksinitiative vorgegangen werden kann. Zahlreich waren vorher die Versuche von gutmeinenden Aktionären, an den Generalversammlungen der grossen börsenkotierten Firmen zu verhindern, dass derartige Boni-Exzesse ak-

zeptiert werden. Wir alle wissen, dass diese Versuche an den Generalversammlungen jeweils an der unendlichen Gier der Manager scheiterten.

SVP und FDP zögern Abstimmung hinaus!

Die Abzocker-Initiative wurde am 17. Oktober 2006 lanciert und am 26. Februar 2008 in Bern eingereicht. Vermutlich darf das Volk gnädigst am 3. März 2013 abstimmen – also fünf Jahre nach der Einreichung! Weshalb dauerte das so lange? Fünf ganze Jahre lang, länger als es das Gesetz eigentlich erlaubt, wurde die Volksabstimmung sehr bewusst und mit grossem Einsatz bürgerlicher Politiker von der Parlamentsmehrheit hinausgeschoben. Wer aber waren die Drahtzieher dahinter?

Es waren SVP-Politiker und FDP-Leute, die versuchten, einen stark abgeschwächten Gegenvorschlag zur ungeliebten Volksinitiative zu konstruieren, damit diese Initiative zurückgezogen wird. Mit allen Mitteln wollten SVP und FDP die Volksabstimmung so lange hinauszögern, bis die eidgenössischen Wahlen von Ende 2011 vorbei waren.

Wäre ihnen das nicht gelungen, hätten sie während der Wahlen offen zum Inhalt der Initiative, den sie ablehnen, Stellung nehmen müssen. Einer der wichtigsten Drahtzieher gegen die Initiative war der SVP-Milliardär Christoph Blocher. Nun hat aber das Komitee um Thomas Minder diesem «Initiativen-Rückzugsspiel» den Riegel geschoben, indem sie erklärten, dass die Initiative nicht zurückgezogen werde. Das heisst jetzt aber für die oberen SVP-Strategen, dass sie politisch in die Klemme kommen. Ihre Basis ist wohl für die Initiative, die SVP-Führung dagegen. Man wird sehen, wie das ausgeht! Es ist offenkundig, dass die SVP-Leitwölfe eine Politik

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Démocrate  Suisse
Pages 13–14

Regierungs- und Grossratswahlen
Aargau 2012, 21. Oktober 2012:
René Kunz in den Regierungsrat,
SD-Liste 10 unverändert für den Grossen Rat

Grossratswahlen Basel-Stadt,
28. Oktober 2012: Liste Volks-Aktion
(VA) unverändert einlegen!



Die mit der Abzocker-Initiative vorgeschlagene Stärkung der Aktionärsrechte bildet die Basis für eine längst fällige ethische Restrukturierung des Wirtschaftsstandorts Schweiz.

für die reichen oberen Zehntausend machen, nicht für das Volk!

SD sagt Ja zur Abzocker-Initiative

Das Ansehen unseres Landes hat leider in den letzten Jahren wegen der zahlreichen Bankenexzesse im Ausland stark gelitten. Pauschal wird unser Land an diesen Bank-skandalen gemessen und abgestraft. Wie war das noch: Unsere Banker konnten Milliarden* und Abermilliarden* in den Sand setzen. Es kostete sie höchstens die Stelle, aber immer

schön abgefedert mit einer satten millionenschweren* Abfindung. Die volkswirtschaftlich angerichteten Schäden aber wurden «sozialisiert», indem sie der Allgemeinheit aufgebürdet, also auf uns alle abgewälzt wurden. Und keiner dieser Banker ist dafür je im Gefängnis gelandet.

Denn dorthin gehörten diese Gesellen eigentlich. Wenn wir nun zur Abzocker-Initiative Ja sagen, hilft

Fortsetzung Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser

Ich informiere Sie darüber, dass wir parteiintern eine Arbeitsgruppe für eine «Renovation» unserer Partei eingesetzt haben. Es soll wieder aufwärts gehen mit unserer Bewegung! Auch ein neuer Parteiname kann aus diesen Diskussionen resultieren. Momentan ist aber trotz gegenteiliger Medienberichte noch nichts entschieden. In unserer nächsten Zeitung werden wir Sie detailliert darüber informieren.

Rudolf Keller, e. Nationalrat, SD-Zentralpräsident

Berner Stadtratswahlen



25. November 2012: SD-Liste 17 unverändert einlegen – leere Linien bitte leer lassen!

Millionen-Boni...

Fortsetzung von Seite 1

dies mit, das Ansehen unseres Landes wieder herzustellen. Und wir schaffen damit auch eine grosse Portion Gerechtigkeit. Jüngste Umfragen zeigen übrigens überdeutlich, dass eine grosse Mehrheit der Meinung ist, **dass niemand mehr als eine Million* pro Jahr verdienen dürfe** – und mit seiner Arbeit auch verdient hat. Ohne sozialistisch zu sein, darf man festhalten, dass auch die Entlohnung von Führungsarbeit ihre Grenzen haben muss.

Jetzt Thomas Minder unterstützen

Inzwischen wurde der Hauptinitiant Thomas Minder als Parteiloser im Kanton Schaffhausen in den Ständerat gewählt. Ein verdienter Lohn für seinen Einsatz. Ihm und seinem Komitee steht nun eine Schlacht bevor. **Die Economiesuisse wird mit einer millionenschweren* Kampagne versuchen, die Initiative zu bodigen. Dabei werden sicher die bereits von anderen Abstimmungen sattsam bekannten Inserate geschaltet, wonach die Schweizer Wirtschaft geschädigt werde, Arbeitsplätze verloren gingen und natürlich die AHV wieder einmal zusammenbrechen werde, wenn wir zustimmen würden.** Im Wissen darum, dass eine solche Kampagne

geführt wird, werden wir gerade zum Trotz resistent bleiben und JA stimmen. Die andern haben das Geld, wir die Argumente! Es ist die Pflicht von uns allen, «wie ein Mann» hinter dem Initianten zu stehen. Frauen und Männer aus dem Volk werden es «denen» in Bern zeigen müssen. Nur ein überzeugendes JA bringt Ordnung in die Abzockerreihen. Die Volksinitiative schafft Abhilfe. Unter anderem bewirkt sie, dass Aktionäre verbindlich über die Entschädigungen respektive Vergütungen der Geschäftsführungen von Firmen abstimmen.

Der Initiativtext,

den wir Schweizer Demokraten unterstützen, ist zugegebenermassen sehr lang. **Aber wir wissen, dass alles, was nicht explizit in der Verfassung formuliert wird, gleich wieder von «denen da oben» relativiert und abgeschwächt wird.**

Wir haben ja leider genug Anschauungsunterricht mit der Zweitwohnungsinitiative, der Ausschaffungsinitiative und der Verjährungsinitiative wegen Sexualdelikten – alles was nicht präzise umschrieben ist und ihnen nicht gefällt, wird verwässert. Also sind wir froh um eine klar ausformulierte Volksinitiative!

** Alle Zahlenangaben sind natürlich immer in Franken gemeint!*

Umweltschutz ja, aber realistisch!

Vor allem urbane Zentren (Bild der Stadt Zürich) leiden an den Konsequenzen des quantitativen Wirtschaftswachstums. Neben unzähligen ökologischen und sozialen Faktoren wird jeweils auch die Problematik des Dichtestresses verharmlost und als lächerlich abgetan.

Umweltschutz, Ökologie ist in der Schweiz ein politisch sehr aktuelles Thema. Niemand bestreitet, dass der Zustand der Umwelt vom Ausmass der wirtschaftlichen Tätigkeiten, von materieller Produktion und Verbrauch, Handel und Verkehr abhängig ist. Wirtschaftswachstum ist aber zwiespältig. Zwar kann es einen Beitrag zur Hebung des materiellen Lebensstandards und zur Bekämpfung der Armut leisten, gleichzeitig ist es aber immer mit einer zusätzlichen Belastung der Umwelt verbunden.

Das ist nun einfach so und lässt sich nicht ändern, eine Art Naturgesetz. Unter den Tisch gewischt wird jedoch meist der Tatbestand, dass auch die Dichte der menschlichen Bevölkerung ihren Beitrag zum Zustand der Umwelt stiftet. Das Schlagwort einer angeblich notwendigen «Verdichtung» ändert nichts daran, im Gegenteil! Zunahme der Bevölkerung und Wirtschaftswachstum sind zudem erfahrungsgemäss eng miteinander verknüpft. Die Verknüpfung kommt u.a. auch durch Massenmigrationen zustande.

Vielfältige Migration

Gewöhnlich wird behauptet, in der Schweiz lebten knapp 8 Millionen Einwohner. Die Zahl entspricht zwar der amtlichen Statistik. Der Zustand der Umwelt hängt jedoch nicht von dieser Zahl ab, **sondern von der Anzahl Menschen, die sich effektiv auf dem Territorium der Schweiz aufhalten.** Nur diese Zahl ist ökologisch von Bedeutung, alles andere unrealistisches und beschönigendes Geflunker.

Sich zum Beispiel nur auf Asylprobleme zu konzentrieren, ist ein zu kurzfristiges Denken!

Wie viele Menschen im Durchschnitt leben nun effektiv in der Schweiz? Wollen wir das wirklich wissen, so können wir uns nicht auf die offizielle Statistik stützen, denn das zuständige Amt hat die Übersicht längst verloren. Und behördliche Schlamperei und Chaos in Sachen Kontrollen, Ausländerausweise, Sozialversicherungen, finanzielle Beiträge an Krankenkassenprämien usw. nimmt ständig zu! Wir müssen auch die illegalen Einwanderer, sogenannte «Sans-Papiers», Kurzaufenthalter, angebliche Grenzgänger, welche trotz offiziellem ausländischen Wohnsitz praktisch fast ständig in der Schweiz leben, Asylbewerber einschliesslich der in der Schweiz untergetauchten, herbei gelockte Steuerhinterzieher und reiche, zu wenig besteuerte «Expats» mitzählen. Selbst ausländische Touristen fallen teilweise ins Gewicht; denn die in der Schweiz anwesenden sind zahlreicher als die im Ausland herumreisenden Schweizer!

Zählen wir alle möglichen Personen zusammen, sind es nicht 7, sondern bereits über 9 Millionen Einwohner auf Schweizer Territorium.

Und die Zahl wächst ständig.

Zunehmende Problematik teilweise erkannt

Zwar ist das Bewusstsein, die Schweiz sei von Überbevölkerung bedroht, seit der Ära Schwarzenbach langsam in andere Parteien eingedrungen, auch in Regierungsparteien; zuerst die SVP, etwas später die FDP, sogar in die CVP! Noch immer kreist jedoch die politische Diskussion bei diesen Parteien um Themen

Fortsetzung Seite 3

Die Abzocker-Initiative verlangt für ausschliesslich börsenkotierte Aktiengesellschaften:

- Die Generalversammlung stimmt jährlich über die Gesamtsumme der Vergütungen des Verwaltungsrates, der Geschäftsleitung und des Beirates ab.
- Das Präsidium, die Mitglieder sowie der Vergütungsausschuss des Verwaltungsrates werden jährlich und einzeln von der Generalversammlung gewählt.
- Es ist nur noch eine unabhängige Stimmrechtsvertretung zulässig, Organ- und Depotstimmrechtsvertretung werden untersagt.
- Pensionskassen berücksichtigen bei der Ausübung ihres Stimm- und Wahlrechts das Interesse der bei ihnen versicherten Personen und legen offen, wie sie abgestimmt und wen sie gewählt haben.
- Um an der Generalversammlung nicht mehr persönlich teilnehmen zu müssen, können sich die Aktionärinnen und Aktionäre zur Ausübung ihres Stimm- und Wahlrechts elektronischer Kommunikationsmittel bedienen.
- Organmitglieder erhalten keine Abgangsentschädigungen und Vergütungen im Voraus. Firmenkäufe und -verkäufe dürfen nicht mit zusätzlichen Prämien für die Organmitglieder honoriert werden.
- In Konzernverhältnissen dürfen Organmitglieder nicht bei mehreren Konzernunternehmen gleichzeitig als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Beraterinnen und Berater tätig sein.
- Die Führung der Gesellschaft darf nicht an eine juristische Person delegiert werden.
- Die Statuten enthalten Bestimmungen über die Höhe der Kredite, Darlehen und Renten an Organmitglieder. Auch Erfolgs- und Beteiligungspläne werden in den Statuten geregelt. Die Dauer der Arbeitsverträge der Geschäftsleitungsmitglieder und die zulässige Anzahl externer Mandate der Organmitglieder müssen ebenfalls in den Statuten ersichtlich sein.
- Widerhandlungen gegen die Vorschriften der Initiative werden mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren und Geldstrafe in der Höhe von maximal sechs Jahresvergütungen bestraft.
- Die Forderungen der Initiative sollen auf Gesetzesstufe innerhalb eines Jahres nach Annahme durch Volk und Stände umgesetzt werden.

Neue Gräben aufgerissen...

In Umfragen stimmte eine überraschende Mehrheit der Deutschen der durch Bundespräsident Gauck relativierten Aussage seines Vorgängers zu, wonach eben nicht der «Islam» als Religion zu Deutschland gehöre. Nach Gaucks Worten könne er dieser Feststellung so nicht zustimmen, betonte aber, dass die hier in der Bundesrepublik lebenden Muslime durchaus zu uns gehörten. Doch schon scheint der neue Bundespräsident wieder Gräben aufgerissen zu haben: **Obwohl die meisten Bürger den differenzierter gewählten Worten Gaucks grosse Zuneigung entgegen bringen, sind es bereits wieder die Islamverbände, die sich Alt-Bundespräsident Wulff zurückwünschen. Ihnen geht das Abrücken Gaucks von der umstrittenen Rede des früheren niedersächsischen Ministerpräsidenten viel zu weit.** Dieser hatte eindrücklich betont: *«Der Islam gehört auch zu Deutschland.»*

Umweltschutz ja, aber realistisch!

Fortsetzung von Seite 2

wie Überfremdung, «Integration», Asyl(un)wesen, Ausländerkriminalität. «Grüne» gar hatten von Anfang an merkwürdige Hemmungen, demografische Fragen überhaupt zu erörtern, geschweige denn anzugehen. **Dass seit Jahr und Tag, nämlich seit Ende des Zweiten Weltkriegs, jährlich ein Überschuss von rund 50'000 Einwanderern in die Schweiz strömt – in letzter Zeit sogar von etwa 85'000(!) – und dies trotz einer minimalen Geburtenziffer der Einheimischen, welche nicht einmal für die Erhaltung der bisherigen Einwohnerzahl ausreichen würde, findet kaum Erwähnung.** Wo soll das noch enden?

Wenn wir die ökologischen Schwierigkeiten wirklich ernst nehmen wollen, dürfen wir nicht nur die Einwanderer unter dem Titel «Personenfreizügigkeit» zählen, sondern auch die Illegalen, Asylbewerber, Grenzgänger, Kurzaufenthalter usw. usf. mitberücksichtigen!

Die örtliche Bevölkerungsdichte hat für den Zustand der Umwelt sogar eine entscheidende Bedeutung! Und auch die meisten übrigen politischen Probleme der Schweiz hängen fast alle mit der Vermehrung deren Bevölkerung zusammen.

*Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf*

Gauck wolle dieser Linie nicht folgen, da er wisse, dass dem Islam eine Reformation fehle. Er könne deshalb die Leute verstehen, die Schwierigkeiten hätten, den Islam als kulturellen Bestandteil unseres Landes zu sehen.

Kritiker von muslimischen Verbänden sehen das aber ganz anders und bezichtigten Gauck der «Geschichtsfälschung». So sagt beispielsweise der Vorsitzende des muslimischen Zentralrats: *«Das europäische Abendland steht ganz klar auch auf muslimisch-morgenländischen Beinen.»* Ja, die islamische Religion war über Zeiten Teil der europäischen Geschichte. Doch dass dieser Abschnitt die freiheitlich-demokratische und säkulare Grundordnung der Bundesrepublik mitbestimmt hätte, kann nur der behaupten, der über die vielen tragischen und gewaltsamen Beispiele hinweg geht, in die der Islam im historischen Europa verstrickt war.

Keine Modernisierung im Islam

Das, was uns unsere Verfassung heute schenkt, das verdanken wir einem Weltbild, welches elementar von christlichen Wurzeln und einem entsprechenden Menschenbild beeinflusst ist.

Worauf Deutschland fusst, das ist die bittere Auseinandersetzung mit Glaubenskämpfen und Machteinflüssen. **Das bedingungslose Eintreten für Freiheit und das Loslösen von Zwängen und Unterdrückung kennzeichnet unsere heutige Republik.** Geschichtlich prägend waren dabei besonders die Momente, die Fortschritt gebracht, sowie Eigenständigkeit und Identität geschaffen haben.

Der Islam, der es bis heute nicht geschafft hat, die Trennung zwischen einem Staats-system und einer Religion zu vollziehen, kann nicht als beispielhafter Baustein für diese demokratischen Errungenschaften herangezogen werden.

Es wäre geradezu als eine Farce zu betrachten, wenn wir als Land, das in beschämendster Weise Erfahrungen mit Unterdrückung durch min-



Der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck (parteilos) sprach aus, was viele Leute täglich wahrnehmen können (müssen).

destens zwei Diktaturen machen musste, fundamentalistische Ausprägungen einer Religion als kulturellen Bestandteil bezeichnen würden. Ziele wie die Einführung eines Gottesstaat oder der Scharia können mit einer freien demokratischen Gesellschaft nicht vereinbart werden. Niemand mag bezweifeln: Auch die Bibel ist wahrlich kein Buch der Friedsamkeit. Doch das Christentum hat es mehrheitlich geschafft, aus Buchstaben Grundsätze abzuleiten, die eben nicht mit einem Rechtsstaat und einer demokratischen Grundordnung in Konkurrenz stehen.

Viel eher können verantwortungsvolle Aussagen der christlichen Schrift nur im Zusammenhang mit einem Verständnis gesehen werden, das von Humanität und Respekt geprägt ist.

Sie zeigen Richtungen auf, können aber ohne das exegetische Zutun der Gläubigen nicht für bare Münze genommen werden. Deshalb ist es die Aufgabe einer Religion selbst, um Vernunft zu ringen. Dass Religion und Weltlichkeit in unserem Land eine Trennung erfahren, ist nicht vom Himmel gefallen. Gleichwohl ist unumstritten: Viele Muslime und Strömungen sind sich bewusst, dass auch der Islam nicht um eine Aufklärung herumkommt. Das zeigen auch Aussagen von gemässigten Flügeln, die allerdings weltweit in der verschwindenden Minderheit unterge-

hen. Die alevitische Gemeinde äusserte gar kürzlich erst: *«Die islamische Paralleljustiz wird zunehmend eine Gefahr für den Rechtsstaat und die Demokratie.»* Diese Gemeinde untermauert damit die Sorgen, die Gauck den Deutschen nachsieht. Das Bekenntnis zum deutschen Grundgesetz sehen jedoch zahlreiche Muslime hierzulande als verpflichtend und völlig selbstverständlich an. Deshalb ist die Aussage des neuen Bundespräsidenten richtig. Aber: In ihrer Klarheit geht sie noch immer nicht weit genug!

Zukunft auf dem Prüfstand

Diejenigen Muslime, die sich ihrer Verantwortung und Treue um unsere Verfassung und demokratische Freiheit, um unseren Rechtsstaat und unsere Wurzeln bewusst sind, haben natürlich Platz in unserem Land. Ihre Tradition und Kultur ist dann Vielfalt, wenn sie nicht ersetzt oder verdrängen will – und nicht die Menschenrechte beschneidet oder Alleinherrschaft erzwingen will.

Ein solch toleranter Islam scheint unvorstellbar, wenn wir an die Diskriminierung der Frau, die abgehackten Hände oder die Todesstrafe beim Glaubensabfall denken – doch solch ein Islam gehört ins Mittelalter. Damals war er möglicherweise auch hierzulande noch von Einfluss – es ist traurig, dass er in dieser Form weiterhin viele Teile der Welt beherrscht. Zu unserem Denken passt er so nicht – und glücklicherweise gibt es in Deutschland reichlich Muslime, die auch deshalb genau anders leben; erwartungsgemäss und bedauerlicherweise aber mindestens ebenso viele, die unsere Demokratie testen wollen. Solange ein «grüner» Bundesvorsitzender davon spricht, dass wir *«in zwanzig Jahren eine Grüne Bundeskanzlerin haben und ich die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt, berate»*, oder davon, *«dass wir das, was unsere Urväter vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, mit unserem Verstand schaffen werden»*, ist jeder Zweifel angebracht. Gut, dass auch der Bundespräsident ernst nimmt!

Dennis Riehle, Konstanz (D)

Anstatt zentrale Vollzugseinrichtungen für sämtliche Asylbewerber zu schaffen, verteilt man diese auf die Kantone! Mehr Einbrüche und Diebstähle sind die Folge.



Intelligent unterwegs

Noch nie war die Schweiz so mobil wie heute. Über derart viel Bewegungsdrang würden frühere Generationen nur staunen: Wir wohnen im Kanton Schwyz und pendeln nach Zürich zur Arbeit; wir leben in Nyon und verbringen die Wochenenden im Val d'Anniviers; und wir sind in Lyss zu Hause und frönen unserer Kletterleidenschaft im Jura. Nicht zu vergessen sind die Ferien. 2010 unternahm die Schweizer Bevölkerung rund 10 Millionen Reisen ins Ausland. Ihre persönliche Mobilität scheint grenzenlos. Gesellschaft und Wirtschaft profitieren entsprechend von mobilen Menschen und leicht verschiebbaren Gütern.

Doch die grosse Bewegungsfreiheit hat ihren Preis. 2010 herrschte auf Schweizer Strassen 16'000 Stunden Stau, das heisst im Schnitt fast 44 Stunden täglich ein neuer Rekord. Und auch beim CO₂-Ausstoss lag der, Strassenverkehr nur unwesentlich unter der Rekordmarke von 2008. Zudem leiden viele Menschen unter dem Verkehrslärm, und die Infrastruktur für Auto und Zug verbraucht Land – eine sehr begrenzte Ressource in der Schweiz. Damit bedroht das ungebremste Verkehrswachstum die Erregenschaften einer mobilen Gesellschaft. Gefragt sind also neue, zukunftsfähige Formen. Deshalb

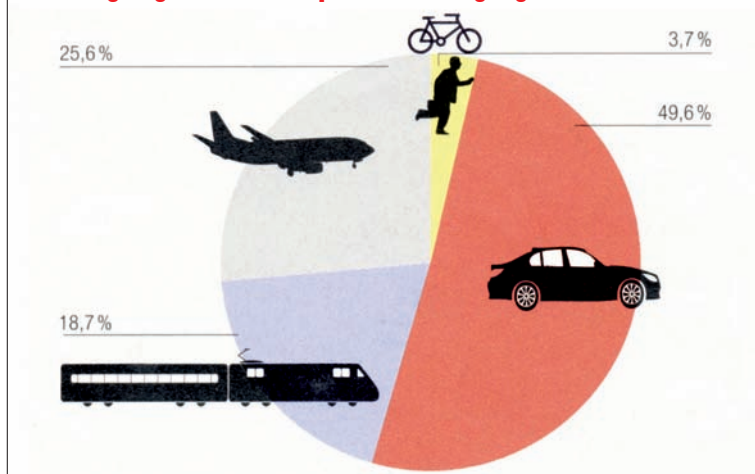
wollen Bundesrat und Parlament unter anderem den Langsamverkehr fördern.

Wir zeigen, dass umweltgerechte Mobilität heute möglich ist. Wir werfen einen Blick hinter die Türen von Forschungslabors und Firmen, die an den möglichst energiesparenden Verkehrsmitteln von morgen arbeiten.

Technische Verbesserungen und neue Technologien werden viel zur Lösung unserer Mobilitätsprobleme beitragen, doch ein Patentrezept gibt es nicht. Umweltgerechte Mobilität setzt sich aus vielen unterschiedlichen Puzzleteilen zusammen – aus einer Kombination von mehreren Fortbewegungsmitteln sowie dem Hinterfragen von Gewohnheiten und Bedürfnissen. Denn sicher ist: Auch umweltgerechte Mobilität kann nicht grenzenlos sein. Selbst wenn wir unsere Verkehrsmittel ausschliesslich mit erneuerbarer Energie betreiben, wird immer eine bessere Ökobilanz aufweisen, wer in der Nähe seines Arbeitsplatzes wohnt. Und Wochenendausflüge mit dem Flugzeug werden die Umwelt immer stärker belasten als eine Velotour ins Grüne direkt vor der eigenen Haustür.

Gérard Poffet,
aus der Zeitschrift «Umwelt»

Zurückgelegte Distanzen pro Fortbewegungsmittel



Keine weitere Ausschüttung von Bauland!

Wenn das Schweizervolk Geschichte schreibt

Das Unterfangen schien fast aussichtslos: mittels einer nationalen Volksinitiative gegen den überbordenden, landschaftsfressenden Bauboom anzutreten und den Zweitwohnungsanteil pro Gemeinde in Zukunft auf 20 Prozent zu beschränken. Doch die offenkundige Dringlichkeit des Anliegens, die tiefe Sorge des Schweizervolks um seinen schwindenden Boden und die schwindende Schönheit seiner Landschaft, verbunden mit dem glühenden Willen, dieses Erbe unter allen Umständen zu erhalten, verhalfen Franz Webers Volksbegehren am Ende zum Sieg.

Sonntag und Sonnentag

11. März 2012, 16.30 Uhr. Aus allen Kantonen liegen jetzt bestätigte Resultate vor. Jubel bricht aus! Es hat gereicht! 1'151'967 Stimmende nehmen die Zweitwohnungsinitiative an, das sind 50.6 Prozent. 1'123'522 sagen Nein: 49.4 Prozent. Beim Ständemehr sind 13,5 Kantone für die Initiative, 9,5 da-



80 Küsse von Brigitte Bardot.

gegen. Korken knallen, Sektgläser füllen sich. Dieser Sonntag – ein Sonntag. Sieg? Ein wegweisender Etappensieg, ganz sicher. Aber mit dem 11. März hat die Arbeit erst richtig begonnen. Denn von Sieg lässt sich erst sprechen, wenn die Initiative auch umgesetzt ist, so wie vorgesehen. Gegenwärtig besteht die wichtigste – und härteste – Aufgabe des Komitees darin, dafür zu sorgen, dass der Verfassungsauftrag des Schweizervolks sinngemäss verwirklicht und getreulich verankert wird.

Hans Peter Roth im:
Journal Franz Weber



Europas Wasserschloss in grosser Gefahr!

2012 soll die Schweiz «zum Land des Wassers» werden. So will es der Verband Schweiz Tourismus. Praktisch gleichzeitig erklärt das Bundesamt für Energie, wie man die letzten natürlichen Fliessgewässer wie Rhein, Rhône, Inn, Gletsch-Oberwald usw. durch neue Wasserkraftwerke noch extremer nutzen möchte. Nicht nur die Greina, sondern auch die Rheinschlucht, Rhône, Grimsel und der Alpenrhein sollen ihrer natürlichen Dynamik beraubt und in Stollen gezwängt

werden. Muss das sein? Es gibt intelligentere Lösungen. Falls die Schweiz die letzten Naturjuwelen opfert, könnte sie 1 bis 2 TWh/a aus unseren schönsten Flusslandschaften herauspressen. Passen wir unsere Gebäude dem Stand der Technik an, können wir problemlos mindestens 100 TWh/a substituieren – also 50 Mal mehr ohne ein Bächlein zu zerstören und ohne den Alpenrhein zum Rinnsal zu machen.

Aus: Greina News (Greina)

Die Kosten für den Rückbau von AKWs

Der Rückbau eines Atomkraftwerks ist weit aufwendiger als der Bau. Ein AKW kann nicht einfach abgeschaltet und abgerissen werden. Die Radioaktivität muss in einem stillgelegten AKW erst jahrelang abklingen. Und Spezialeinheiten müssen das Gelände mit riesigem Aufwand dekontaminieren und der Sondermüll – hunderttausend Tonnen verstrahltes Material – entsorgt werden. Der in Angriff genommene Rückbau des ältesten

deutschen Atomkraftwerks Obrigheim wird 15 Jahre in Anspruch nehmen. 200 bis 300 Fachleute werden stets im Einsatz sein. Die Stilllegung des deutschen AKW Würgassen, dessen Rückbau 2014 abgeschlossen sein dürfte, wird die öffentliche Hand voraussichtlich 1,2 Milliarden Franken kosten – umgerechnet auf Schweizer Löhne etwa 1,5 Milliarden Franken.

Rudolf Strahm, e. Nationalrat und Preisüberwacher im «TA»



Verantwortungsvoller Jugendschutz kann nur mit einer Kombination von Prävention und Repression betrieben werden. Neben Aufklärung und Begleitung sind auch strafrechtliche Massnahmen nötig.

Verseuchte Pilze aus Tschernobyl

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima hielt letztes Jahr das kantonale Labor auf Trab. Es untersuchte zahlreiche Gemüse- und Wasserproben, kontrollierte 42-mal Ware aus Japan – und konnte zuletzt Entwarnung geben: Es waren keine verstrahlten Lebensmittel im Umlauf. Umso überraschender war für Kantonschemiker Rolf Etter ein anderer Befund, auf den seine Leute nur durch Zufall stiessen: Bei 2 von 14 Stichproben von tiefgefrorenen Steinpilzen war der Toleranzwert von Cäsium-137 deutlich überschritten.

Das kantonale Labor von Zürich hatte die Pilze unabhängig voneinander getestet. Es stellte sich heraus, dass sie vom selben Importeur

stammten und in der Ukraine wild gewachsen waren. Anders gesagt: 25 Jahre nach Tschernobyl gelangten immer noch Speisepilze in die Schweiz, die eine zu hohe radioaktive Belastung aufwiesen. Die betroffene Lieferung bestand aus zehn Tonnen Pilzen, die danach allesamt vernichtet wurden.

Am meisten erstaunt hat Rolf Etter, dass das Ursprungsland Ukraine für die Pilze einen dreifach tieferen Cäsium-Wert ausgewiesen und den Export in die Schweiz erlaubt hatte. «Da fragt sich, was solche Zertifikate wert sind.» Nun kläre das Bundesamt für Gesundheit mit den ukrainischen Behörden ab, wie sich so etwas in Zukunft verhindern lässt.

Kiffen macht dumm!

SDA/DPA. Eine Langzeitstudie zeigt: Cannabiskonsum lässt den Intelligenzquotienten schrumpfen – besonders bei Jugendlichen. Ein Team um *Madeline Meier* von der *Duke University in Durham (North Carolina)* fand in einer fast 40 Jahre umfassenden Studie, dass Hanfkonsum das zentrale Nervensystem unwiderruflich schädigen und den IQ senken kann. Der IQ nehme umso stärker ab, je früher jemand beginne, Cannabis zu sich zu nehmen, berichten die Forscher im US-Journal «*Proceedings of the National Academy of Sciences*». Bei Langzeitkonsum von Cannabis

verschlechtern sich bestimmte Bereiche des Gehirns. Darüber hinaus zeigte sich, dass Langzeitkiffer mehr Probleme haben, sich zu konzentrieren oder sich an etwas zu erinnern. Jugendliche laufen der Studie zufolge Gefahr, zu dauerhaften Konsumenten zu werden, je früher sie in Kontakt mit der Droge kommen. Während des Wachstums mache das Gehirn von Jugendlichen entscheidende Veränderungen durch. Cannabis habe Effekte, die das Nervensystem nachhaltig schädigten. Das Gehirn sei nicht in der Lage, sich von den Folgen völlig zu erholen.

Einspeisevergütung eine Erfolgsgeschichte

Die Einführung der kostendeckenden Einspeisevergütung von Elektrizität (KEV) ist die Geschichte eines Systems, das vom eigenen Erfolg überrollt wurde. In den Jahren 2006 und 2007 war es uns am Rande der Erarbeitung des Schweizer Stromversorgungsgesetzes gelungen, ein minimiertes KEV-System einzuführen. Das ging aufgrund des Widerstands der Nuklearlobby allerdings nicht ohne Kompromisse: Ein kompliziertes System mit Kostendeckel und Teildeckeln, die die Wirksamkeit der KEV einschränkten und die die Förderung der Fotovoltaik auf ein Minimum beschränkten, war die Folge. Das Wichtigste war damals, das System überhaupt zu starten,



um nachzuweisen, dass es funktioniert.

Die kostendeckende Einspeisevergütung hat unsere Erwartungen weit übertroffen: Seit den ersten Tagen erlebt die Anmeldestelle einen Ansturm von künftigen Stromproduzenten.

Aus: Sonnenklar

Bauboom in der Schweiz

SDA. Der Bauboom in der Schweiz hält nicht nur unvermindert an. Gemäss dem Bauindex der *Credit Suisse* und des Baumeisterverbands hat er sich diesen Sommer sogar noch akzentuiert. Weil im Winter Arbeiten wetterbedingt verschoben werden mussten, holen

die Bauunternehmen diese nun nach. Mit 137 Punkten liegt der Bauindex für das 3. Quartal 5,6 Prozent über dem Stand des 2. Quartals. Das satte Plus reflektiert für die Ökonomen der CS neben dem Aufholeffekt die nach wie vor intakte Baukonjunktur.

Medikamentenmangel im Pharmaland Schweiz!

Noch bis vor Kurzem war eine solche Affiche undenkbar, dass wir in der Schweiz, dem Pharmaland par excellence, auf unersetzliche und lebensrettende Medikamente nicht jederzeit, pünktlich und in verlässlicher Qualität zurückgreifen könnten. Nun sind auch diese guten alten Zeiten vorbei. Wir lesen fast täglich, dass sich Spitalapotheker abmühen, für ihre Spitäler die notwendigen Medikamente, insbe-

sondere intravenöse Krebsmittel, Antibiotika und Anästhetika, zu beschaffen. Solche verstörenden Entwicklungen sind in den USA bereits etwas länger zu beobachten. So wird dort bereits hochgerechnet, wie viele Patienten wohl an den Folgen von Medikamentenengpässen zu Schaden gekommen sind. Parlamentarische Hearings in Washington legen davon beredt Zeugnis ab.

Aus: Schweiz. Ärztezeitung

Schrittweiser Atomausstieg endlich umsetzen!

Nein – ich bin kein Prophet...

aber ich kann 1 + 1 zusammenzählen!



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Jetzt besteht kein Zweifel mehr, wir befinden uns in der **grössten Finanz- und Wirtschaftskrise seit der «Erfindung» der Globalisierung**. Jedem aufmerksamen Beobachter wird klar, die Finanzindustrie und die Familien der Hochfinanz haben die Macht über die Konzerne, die Massenmedien, die Ressourcen und die Politiker übernommen. Die wichtigsten Entscheidungen fallen offensichtlich nicht mehr in den Parlamenten, sondern in kleinen Sondergremien wie den G8, den G20, bei den Versammlungen der Bilderberger, dem CFR, dem «Round Table», dem Club of Rome, der «Trilateral Commission» usw. Ihr wichtigstes Hilfsmittel ist das liebe Geld. Und ihre eigentliche Glanzleistung ist die globale Vernebelung der Tatsache, dass **spätestens seit der Aufhebung des Goldstandards durch Nixon im Jahre 1971 eben dieses Geld keinen inneren Wert mehr hat, sondern nur noch den «Schönheitswert» einer Blase aufweist, die unweigerlich einmal platzen wird**. Dabei handelt es sich nicht um Milliarden, sondern um Billionen. Zudem sind die meisten Gelder von privaten Banken aus dem Nichts geschöpft.

Dieses aus dem Nichts geschöpfte Pseudogeld ist unglückseligerweise bereits bis zur Unentwirrbarkeit mit den Früchten der Realwirtschaft verknüpft und gefährdet dementsprechend die Grundpfeiler unserer Wohlfahrt.

Undurchsichtiges Machtkonzentrat

Viele dieser Banken sind längst zu Agenturen fremder Steuerämter mutiert. Dort wird mit undurchsichtigen Finanzprodukten jongliert und es werden im Interesse der eigenen Boni und Gewinne höchst gefährliche Spiele betrieben. Da fallen Abgeltungen für Schädigung und Verrat an Kunden und Mitarbeiter an. **Zudem bewirken unsinnige Anreizsysteme immer höhere Einsätze, wobei Risi-**

ken und Schäden zu Lasten der Bankkunden gehen.

Unter dem Titel «Privatisierung» werden Ackerland, Wasserrechte, Infrastrukturen, Minen und Industrien von Zentralbanken, spezialisierten Banken, Staatsfonds und Hedge Fonds aufgekauft. Und diese Banken und Fonds stehen unter der Kontrolle der Hochfinanz oder sie gehören ihr.

Trotzdem wird bis heute mit keinem Wort das Finanzsystem als solches in Frage gestellt. Das ist allerdings erklärbar, haben doch die Mächtigen dieser Welt dank diesem «fiat-money»-System ihre Eroberungszüge und Reichtumsanhäufungen finanzieren können. Und diesen Vorteil wollen sie selbstverständlich nicht preisgeben – «coute que coute»! Der «Welt-Geldbetrug» (wie ihn Prof. Dr. E. Hamer vom Mittelstandsinstitut Hannover nennt) dient – zumindest vordergründig – hervorragend der Grossfinanz der USA, um sich die wesentlichen Sachwerte dieser Erde unter den Nagel zu reissen und um über einer organisierten Katastrophe ihre One-World-Idee zu realisieren. Eine kurze Zeit zurückliegender Ausspruch von David Rockefeller besagt, dass

ein richtiges Chaos die Voraussetzungen schaffen werde, damit alle Nationen unter die One-World-Ordnung gezwungen werden können.

Manipulationen und Interessenskriege

Dieses Chaos zu schaffen, daran ist offensichtlich die – nicht nur amerikanische Hochfinanz dringend interessiert. Als Mittel dazu dient dieser «ehrenwerten Gesellschaft» das amerikanische Volk, das seit jeher zur Kriegsbereitschaft erzogen worden ist und das seit Generationen, aber insbesondere seit den fünfziger Jahren von einem Kongress «vertreten» wird, der sich immer weniger der – weiter unten dargelegten – Fremdbestimmung entziehen kann. In diesem Zusammenhang ist ein kürzlicher Ausspruch des bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer bemerkenswert. Er erklärte:

«Diejenigen, die entscheiden, werden nicht gewählt, und diejenigen,



Der Waffenabsatz in den USA ist volkswirtschaftlich existenziell. Damit lässt sich wohl auch die breite Unterstützung kriegerischer Tätigkeiten im amerikanischen Volk erklären.

die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.»

Mehr denn je wird die öffentliche Meinung über die Massenmedien geformt. Gerade die letzten Jahrzehnte und die gegenwärtig laufenden Kampagnen gegen Syrien und den Iran, gegen alle Staatshäupter, die sich nicht länger der Dollar-Herrschaft unterwerfen woll(t)en, beweisen die gekonnte Desinformation durch die Massenmedien.

Es ist klar, die amerikanisch dominierte Weltmedienmaschine will nur eine Sicht zulassen:

Die USA haben gegen alle anderen und auch gegen die UNO als Vertretung der Nationen immer Recht. Besondere Meisterschaft hat man in Washington bei der Auslegung und Manipulation von UNO-Resolutionen entwickelt.

Paul Craig Roberts, stellvertretender US-Finanzminister a. D. sagt in einem Kommentar zur aktuellen Lage: «Die USA sind keine Supermacht, sondern eine bankrotte Farce.»

Aus seinem Aufsatz sei hier eine kurze Aussage zitiert:

Alle Länder haben genug vom Krieg – ausser den USA. Krieg – auch Atomkrieg – ist die neokonservative Strategie zur Erlangung der Weltherrschaft.

Wenn der seinerzeitige Präsident George W. Bush in seiner letzten Rede vor der UNO noch einmal Syrien und den Iran scharf angegriffen hat, weil sie angeblich den Ter-

rorismus unterstützen, machte er sich der Heuchelei und lügnerischen Beschimpfungen schuldig.

Es gibt kein Land, das wie die USA die Verantwortung für schlimmste Terroranschläge rund um den Erdball auf sich geladen hat und – nach bewährter Göbbels-Manier mit «haltet den Dieb!» von sich ablenkt.

Stichworte: Dresden, Hiroshima, Nagasaki, Aktion Wüstensturm, Bombardement von Serbien, 2. Irakkrieg, Afghanistan, CIA-Interventionen in zahlreichen Staaten rund um den Erdball usw. usf. Wie im Fall der weltweiten FACTA- und QI-Zumutungen der amerikanischen Steuerbehörde IRS erkennbar, ist der Ausfluss dieser auf hoher und höchster Regierungsebene praktizierten Wildwest-Gesinnung nicht nur für die Schweiz problematisch: Aber

1. Man setzt – wie gewohnt – die schnell in die Knie gehenden, lieben Schweizer Freunde unter Druck und setzt so eine – zwar unnötige aber später eigennützige weltweit unübertroffene Gesetzes-, Verwaltungs- und Gerichtsmechanik gegen die Geldwäscherei in Gang.

2. Man zieht hinter dem Rücken der jeweiligen Gesetzgeber mit Hilfe der UBS und der CS ein 7000 Banken umfassendes globales Netz auf, das US-Recht untersteht. Vordergründig soll es dem legitimen Einzug von US-Steuern dienen. **Tatsächlich aber geht es um die meist bereitwilligst geleistete Schwarzgeldabgabe von Schutzgeldern**

zur Sicherung der Kundenanonymität (sic!) im Bereich von Hunderten von Milliarden Dollar. Das ist dann die verdeckte und zugleich grösste Geldwaschmaschine der Welt.

3. Man bedrängt und bezichtigt die UBS, CS usw. der böswilligen Verletzung von US-Recht – wohlwissend, dass sich die blauäugigen Schweizer Bankiers strikte an eben dieses doppelbödige US-Recht gehalten haben. Damit bewirkt man dann inquisitorische Schuldeingeständnisse, Souveränitätsverletzungen und Rechtsbeugungen und erreicht neben «Ablasszahlungen» in Milliardenhöhe auch die nachhaltige Schwächung des ungeliebten Finanzplatzes Schweiz.

In der gegenwärtigen Auseinandersetzung in Syrien spielen die Vereinigten Staaten ein ausgesprochen mieses Spiel. Einerseits predigt Hillary Clinton, Assad müsse weg und gleichzeitig wird via Kofi Annan ein Friedensplan propagiert, **der nur eingehalten werden könnte, wenn die sogenannten Aufständischen nicht weiterhin mit Waffen und Munition aus US-Beständen versorgt würden.**

Während die Kampfkationen der Söldnerarmee kaum Erwähnung finden, werden alle zivilen Opfer der kriegerischen Auseinandersetzungen den Truppen von Assad angelastet.

Doch nicht nur das – wie seinerzeit gegen Saddam Hussein **wird nun gegen Assad mit Falschmeldungen und Bildern aus anderen Weltgegenden eine schlechte Stimmung gegen Syrien geschaffen, um die Kriegsbereitschaft des eigenen Volkes, der Engländer, der Franzosen und anderer zu kreieren.**

Wir finden zurzeit in allen Kommentaren zur Finanzkrise die Feststellung, die Masslosigkeit, die Gier, der Machbarkeits- und Machtwahn sowohl einzelner Individuen wie auch von Staaten (allen voran der USA). Das ist unbestreitbar richtig und doch nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich bildet das derzeit gültige Geldsystem des reinen Papiergeldes die Voraussetzung für die Abirrungen. Aber dieses System ohne realen Werthintergrund ist den *One-World*-Ideologen höchst dienlich, sowohl zur Finanzierung von Kriegen wie auch zur Unterjochung aller Besit-

zer natürlicher Reichtümer. So stellt sich die bange Frage:

Was muss noch passieren, bis die Völker und ihre politischen Führer wieder zu einem der Realwirtschaft dienenden Geldsystem zurückfinden?

Augenwischerei oder politischer Opportunismus?

Wenn die deutsche Bundeskanzlerin Merkel immer wieder betont, wir hätten keine Währungskrise, sondern eine Schuldenkrise und gleichzeitig behauptet, wenn der Euro falliere, breche auch die EU zusammen, sind das Aussagen, die so – schlicht nicht stimmen. Tatsächlich stecken die Eurozone, die USA und die gesamte westliche Welt derart im Schuldensumpf, **dass eine sanfte Landung kaum noch zu bewerkstelligen sein wird und Befürchtungen über den Fortbestand der Weltwirtschaft auf dem heutigen Niveau nahe liegen.**

Die Schweiz steckt da mitten drin; besonders wenn wir bedenken, wie verantwortungslos, wie wenig umsichtig und zielbewusst derzeit unsere Regierung und grosse Teile des Parlamentes eine laufend zunehmende Verschuldung auch unseres Volkes in Kauf nehmen; ja schlimmer noch: **Sie lassen sich den automatischen Informationsaustausch tatsächlich als unabweichlich aufschwätzen.** Und dies nur, um den (noch) herrschenden Grossmächten zu gefallen.

Die gegenwärtigen Aktionen zur Stützung von in Schwierigkeiten geratenen Banken – jetzt ist Spanien an der Reihe(!) – dienen letztlich alle dazu, die Völker zu verarmen und die Besitzer der Banken zu schonen.

Und wer sind diese Besitzer? Ihre Namen werden durch die Namen der Banken offensichtlich. Es handelt sich um *Goldman Sachs, JP Morgan Chase, Rothschild und Warburg Banken, neben der Deutschen Bank, der Bank of America, IWF, Weltbank, BIZ und den meisten Zentralbanken.*

Fiktive finanzielle Werte

In diesen Zusammenhang gehören die gegenwärtig überall festzustellenden Bemühungen, das Bargeld abzuschaffen. Wenn die Menschen tatsächlich nur noch dank ihres



Schweizer Banken (unter anderem die Credit Suisse) im Kreuzfeuer der US-Steuerbehörden. Hiesiges Recht wurde schlicht ignoriert.

implantierten Chips handeln und leben können, wird die Manipulierbarkeit von uns allen perfekt sein. An sich würde es sich lohnen, an dieser Stelle den Charakter des Papiergeldes ausführlicher darzustellen. Einige kurze Hinweise mögen genügen, um Klarheit zu bekommen.

Nur noch etwa 5% dessen, was wir heute als Geld bezeichnen, ist physisch als Bargeld vorhanden.

Die anderen 95% sind Giralgeld, also Geld, das wesentlich vertrauensgestützt nur auf dem Papier resp. per Computerklick geschaffen ist und nur auf dem Bildschirm in Erscheinung tritt. Deshalb haben die Banken zu Recht Angst vor einem «Bankrun». Wenn viele Menschen gleichzeitig ihr Bargeld abheben möchten – das aber in Wahrheit gar nicht existiert – müsste es ganz rasch zu einem Chaos kommen. Ein Chaos, dem eine Währungsreform mit der Vernichtung von 90% der Bürgergut haben folgen wird.

Tatsächlich weisen verschiedene Tatsachen darauf hin, dass wir kurz vor diesem Zusammenbruch stehen:

- In Griechenland dürfen seit dem 1.1.2011 keine Bar-Transaktionen über 1500 Euro mehr getätigt werden.
- In Italien dürfen seit dem 4. Dezember 2011 Beträge über 1000 Euro nicht mehr bar bezahlt werden.
- In Belgien dürfen seit Anfang 2012 Waren, die mehr als 5000 Euro kosten, nicht mehr bar bezahlt werden.

– In Deutschland und Österreich liegen seit Frühjahr 2012 Gesetzesentwürfe bereit, die Barzahlungen ebenfalls auf 1000 Euro zu beschränken.

– In englischen Banken werden zurzeit über die Wochenenden Übungen durchgespielt, wie man sich zu verhalten habe, wenn der Euro kollabiere.

Um zu erkennen, was auf uns zukommt, dazu braucht es wirklich keine prophetischen Gaben mehr. Nach *Michael Morris* befinden wir uns in der letzten Phase eines Zyklus, dessen katastrophales Ende sich heute schon abzeichnet. Da kann eine Angela Merkel, da kann ein François Hollande, da können die verschiedenen Rollenträger noch so verklausuliert Optimismus verbreiten – die Täuschung gelingt nicht mehr. Dies umso weniger als die Kriegsknechte der Hochfinanz bereits in Stellung gebracht worden sind:

Luca Papademos als neuer griechischer Präsident, Mario Monti als italienischer Statthalter, Mario Draghi als Präsident der Europäischen Zentralbank, Petros Christodoulos, Finanzchef Griechenlands – sie alle stammen aus dem Stall der Goldman Sachs Rennpferde!

Noch Fragen?

NB: Die obigen Ausführungen stützen sich auf ausgedehnte Studien der grundsätzlich für jedermann einsehbaren politischen Literatur. Insbesondere sind die jüngst erschienen Bücher von Jan van Helsing & Co. – Politische Unkorrektheit; Prof. Walter Wittmann – Super Krise; und von Anton Keller – Sammlung einschlägiger Internet-Meldungen sowie das geplante Internet US- Cyber-Gesetz berücksichtigen.

Kriege für den Erhalt des Planeten?! Das wahre Gesicht der USA?

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese
Kleininserate erscheinen max. 2-
mal im «Schweizer Demokrat»
und sind für die SD-Familie **gratis**.
Normalerweise wird im Kleininserat
für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrag-
gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-
gen. Wir leiten dann die eingegan-
genen Briefe an Sie weiter. Bitte
Ihre Postanschrift nicht vergessen.
Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 8116, 3001 Bern

Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf

www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

STELLENSUCHE

Ich will arbeiten! Welcher Schwei-
zer Unternehmer ist noch interes-
siert an einer qualifizierten, tüchti-
gen Fachkraft? Ich bringe 10 Jahre
**Erfahrung als Teamleiterin Back-
office und stv. des GF** mit. Ich ha-
be eine schnelle Auffassungsgabe,
bin vielseitig interessiert und
möchte da arbeiten, wo CH-Fach-
kräfte noch gefragt sind. Gerne
wieder im Bürobereich (Assistenz /
Sachbearbeitung / Teamleitung).
Bin auch offen für neue Aufgaben.
Bevorzugt in folgenden Kantonen:
AG/BL/BE/ SO/ZH. Bin mobil.
Telefon 079 640 44 88
E-Mail: puma20@gmx.ch

Suche **Festanstellung** (Bern und
Umgebung) im kaufm. Bereich, als
Landschaftsgärtner oder in jedem
anderen Berufszweig.
Telefon 031 971 09 38
E-Mail: patrickbarisi@bluewin.ch

ZU VERMIETEN

**Seriöse und preiswerte Mietwagen
Kleinwagen, Limousine, Kombi,
Van, Roller**, ab Fr. 500.– mtl. inkl.
2000 km; Die Fahrzeuge können
auch pro Tag, Woche oder Monat

gemietet werden; für die ganze
Schweiz. Region Biel.
Telefon 076 369 28 28

GESUCHT

Kaufe von privat **altes Spielzeug** vor
1970: Eisenbahnen, Blechautos,
Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten,
Dinky Toys, Teddybären usw.
Auch alte Ansichtskarten vor 1950,
alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw.,
Region Zürich.
Telefon 079 643 55 64

Gesucht – günstig oder gratis:
Fotos, Postkarten, Prospekte, mit
Abbildungen von Menschen, Objekten,
Gebäuden, Landschaften usw.
für den Abdruck im «Schweizer De-
mokrat» (Bebilderung von Artikeln).
Kontaktadresse: **SD-Sekretariat in
Bern. Telefon 031 974 20 10, Fax
031 974 20 11**
schweizer-demokraten@bluewin.ch

ZU VERKAUFEN

**Bio-Knospen Olivenöl und Schwei-
zer Essig** von Waldkirch SG, Region
Ostschweiz,
Telefon 071 244 72 76 oder
thomas-fischer@bluewin.ch

6 Paar Arbeitshosen von «Lutteurs»,
mit leichter weisslicher Maserung
(je 3 blaue und 3 grüne), unge-

braucht, Grösse 44, Fr. 74.– je
Stück. Stadt Bern.

Telefon 031 971 09 38

E-Mail: enricobarisi@bluewin.ch

Chevrolet Camaro Targa, Automat,
Leder, Klimaanlage, Aluräder, Top
Zustand, neu ab MFK. Fr. 10'850.-
Tausch, Teilzahlung ohne Anzahl-
ung möglich, weitere Fahrzeuge.
Stadt Bern.

Telefon 079 304 74 51

Quarzuhren, Omega mit Datuman-
zeige (mit Originallederarmband),
70er-Jahre. Fr. 200.–. Zudem Rado-
Imitation, Fr. 30.–. **Neue Fitness-
und Muskel-Stimulationsgürtel** mit
6 Programmen. Neupreis Fr. 98.–
(mehrere verfügbar). Verkauf jetzt
für Fr. 30.–. Bei Abnahme von zwei
Stück Fr. 50.–. Region Biel.

Telefon 032 331 91 35

BEKANNTSCHAFTEN

Berner, 185/85, 50plus, sucht poli-
tisch interessierte Schweizerin, 30
bis 60 J., mit Freude am Reisen,
Camping, Garten, Schwimmen, Fe-
rien. Bär freut sich auf Deinen An-
ruf. Danke zum Voraus.

Telefon 031 333 68 68.

EIN GUTER RAT

Schlüsselbund schon mal verloren?
Befestigen Sie an Ihrem Schlüssel-

bund eine billige Plastiketikette und
vermerken Sie darauf ihre **Handy-
Nummer** (niemals Ihre Festnetz-
Nr.!) und erwähnen Sie: Finderlohn
von Franken ? zugesichert!

AUSSTELLUNGSHINWEIS

Schweizerisches Freilicht- museum Ballenberg

Bei uns stehen die Türen offen!

...treten Sie ein und schauen Sie
sich um: in Küchen, Kammern und
Wohnstuben in originalgetreu wie-
deraufgebauten Häusern und Höfen
aus alter Zeit. **Bei uns düfen Sie
beim Arbeiten zuschauen!**

...Handwerker zeigen Ihnen Schnit-
zen, Korben, Weben und Klöppeln
bis hin zum Käsen und Backen.

Bei uns sind alte Bräuche aktuell!

...In speziellen Veranstaltungen
führen wir Ihnen traditionelle Bräu-
che vor, z.B. Trachten und Tänze,
Brächette und Herbstmarkt. Die Da-
ten und detaillierte Informationen
erfahren Sie aus unserem Veran-
staltungskalender www.ballenberg.ch
oder per Info-Telefon 033 952 10 40.

**Bei uns stehen Ihnen für Hunger
und Durst**

...drei gemütliche Gasthöfe zur Ver-
fügung. Auch Picknick-Plätze und
das Holz zum Grillieren sind schon
parat. Mehr über das Freilichtmu-
seum im Berner Oberland unter:

Telefon 033 952 10 30;
www.info@ballenberg.ch

Veranstungshinweise der SD-Sektionen



Bezirk Baden und Umgebung:
Stamm im Hotel «Winkel-
ried», Landstr. 36, Wettingen.
Jeden 1. Dienstag im Monat ab
20 Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses
Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donner-
stag im Monat ab 19.30 Uhr.



SD Stadt Bern: Höck (Vor-
standssitzung, Gäste sind
stets eingeladen!) im Restau-
rant «Jäger», Murtenstr. 221,
Bern-Bethlehem. Postauto
Nr. 101, Haltestelle Untermattweg
(von dort ca. 1 Min. zu Fuss). Oder
Tram Nr. 8 Richtung Brünen-West-
side, Haltestelle Säge (von dort etwa

5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten
Dienstag im Monat ab 20 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel
«Milan» in Ringgenberg. Jeden
1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



Winterthur und Umgebung:
Höck im Restaurant «Blume»,
Wülfingerstrasse 236. Jeden
1. Freitag im Monat ab 20 Uhr
(bei einem Feiertag eine
Woche später).



Kantonalsektion St. Gallen:
Stamm am 25. Oktober ab
19.30 Uhr im Restaurant
«Dufour» am östlichen Ende

des St. Galler Hauptbahnhofs. Wei-
tere Infos über Telefon 079 639 06
07, abends.



Luzern-Innerschweiz:
Höck im Bistro «Spatz»,
Obergrundstrasse 103, Lu-
zern. Jeweils am letzten Mitt-
woch im Monat ab 20 Uhr
(ausser im August und De-
zember). Es ist immer jemand da!
Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof
bis Haltestelle Eichhof.

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch

**Das neue Raum-
planungsgesetz
garantiert einen
einigermassen
griffigen Landschafts-
schutz. Elitäre
Wirtschaftsvertreter
wollen selbst diesen
zunichtemachen.
Boycott
dem Referendum!**



Kanton Aargau



Sicht eines 18-jährigen Grossratskandidaten



Bereits bevor mir der Reinaucher SD-Grossrat René Kunz einen Listenplatz bei den Schweizer Demokraten (SD) angeboten hat, habe ich mich für das politische Geschehen in unserem Lande, im Kanton Aargau sowie in meinem schönen Ruedertal, interessiert. Ich wollte mich aber bewusst keiner grossen politischen Partei anschliessen, da meine breitgefächerten politischen Anschauungen bei diesen Parteien wohl auf Widerstand gestossen wären.

Das Wichtigste für einen Politiker sollte die uneingeschränkte Liebe zu seinem Land sein.

Das heisst unter anderem, dass er sich einerseits nur für Verträge, die

dem Volk und seiner Freiheit dienen, einsetzt und sich andererseits mit ganzer Kraft gegen den Verlust unserer Identität, des Glaubens und der Tradition stark machen sollte. Diese Eigenschaften habe ich bei einigen politischen Parteien vorgefunden. Doch fehlten da andere, für mich essenzielle Punkte wie diejenigen, **dass ein Politiker seine Heimat, deren Natur und die Schönheit unserer Landschaft verteidigen muss.** Was ist ein Land ohne seine charakteristischen Landschaften? Beton, Häuser und monumentale Überbauungen findet man überall!

Für mich als 18-jähriger Bürger ist es unerlässlich, sparsam mit dem wertvollen «Gut Natur» umzugehen, und zwar mit dem Ziel, die Zuwanderung zu begrenzen.

Auch dafür wären Parteien mit ähnlichem Gedankengut zu finden gewesen, doch eine Kombination

dieser, für wahre Vaterlandsliebe notwendigen Überzeugungen, suchte ich vergebens. Dann begann ich das Parteiprogramm der Schweizer Demokraten zu studieren. Die Übereinstimmung mit dem oben beschriebenen verblüffte mich. Die SD stehen nicht nur für eine Aussen- und Einwanderungspolitik, die dem Schweizervolk Nutzen bringt, nein, sie setzen sich

auch leidenschaftlich für die Umwelt und den Erhalt unserer Heimat ein! So hoffe ich, dass ich mit meiner Grossratskandidatur auch jüngere Mitmenschen ansprechen kann. **Denn, geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger, der Jugend gehört unsere Zukunft!**

Luca Lüthi, SD-Grossratskandidat (Liste 10), Schmiedrued

Kanton Aargau: Regierungsrats- und Grossratswahlen vom 21. Oktober 2012

René Kunz in den Regierungsrat



René Kunz und Dragan Najman wieder in den Grossen Rat.

Die Schweizer Demokraten (SD) kandidieren in folgenden Bezirken mit Listennummer 10:

- Baden
- Bremgarten
- Kulm
- Laufenburg
- Lenzburg
- Muri
- Rheinfelden
- Zofingen
- Zurzach

Wir kämpfen dafür...

- ... dass die Einwanderung in die Schweiz eingeschränkt wird! *(überfüllte Züge, verstopfte Strassen, Wohnungsnot, steigender Energieverbrauch, Umweltbelastung und Zersiedelung der Landschaft sind Folgen der Übervölkerung)*
- ... dass die Kindergartensprache wieder Schweizerdeutsch ist! *(die kantonale SD-Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten» haben wir im Mai 2012 eingereicht)*
- ... dass Energie gespart wird und die erneuerbaren Energien gefördert werden! *(kein Neubau ohne Fotovoltaik auf dem Dach)*
- ... dass auch ältere Schweizer wieder eine Chance haben, eine Stelle zu finden! *(die Schweizer müssen auf dem Arbeitsmarkt Vorrang haben)*
- ... dass unsere Sozialwerke nicht von Massen von Leuten ausgehöhlt werden, die noch nie einen Franken zu unserem Wohlstand beigetragen haben!
- ... dass kriminelle, renitente und abgewiesene Asylanten in einem geschlossenen, zentral geführten Spezialzentrum untergebracht werden *(inkl. Natelverbot)!*
- ... dass keine islamisch geführte Kindergärten und Schulen errichtet werden! *(keine Burkinis im Schwimmunterricht und keine religiös getrennte Duschen)*
- ... dass in sämtlichen Asylunterkünften regelmässig Polizeikontrollen durchgeführt werden!

SD  Schweizer Demokraten

Liste 10

**Unsere Schweiz
Unser Aargau
Unsere Heimat**



Kanton Bern



Stadtratswahlen vom 25. November 2012:

Protest wählen!

SD  Liste 17

Schweizer Demokraten

www.schweizer-demokraten.ch

Bern? Gern!



Kandidaten

Die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Bern streben den Gewinn eines zweiten Sitzes an. Spitzenkandidaten sind der bisherige Stadtrat Robert Meyer, SD-Zentralsekretär Adrian Pulver und Stadtberner Vorstandsmitglied Rudolf Kohli. Es kandidieren folgende Personen:



Robert Meyer, 1960
Stadtrat, Bern-Bethlehem
Mitglied der Aufsichtskommission
Präsident SD Stadt Bern
Buchhalter / Sozialvers.-fachmann
Aareschwimmen, Billard, Reisen



Adrian Pulver, 1983
Bern-Weissenbühl
Vizepräsident SD Stadt Bern
SD-Zentralsekretär / Redaktor
dipl. Kaufmann HWD
Mitglied Ecopop



Rudolf Kohli, 1949
Bern-Bümpliz
Chauffeur / Disponent
Mitglied UNIA und Schützen-
gesellschaft Oberscherli
Camping, Schiessen



Hans-Jürg Wenger, 1964
Bern-Sandrain
Verkäufer / Fitnessinstructor
Fitness, Tierschutz



Charles Baumgardt, 1961
Bern-Bethlehem
Sachbearbeiter Kundenbetreuung
Musik, Filme, Billard



Hans-Rudolf Diebold, 1955
Bern-Bümpliz
Bäckerei-Manager a. D.
Modellbahn



Vincent Kräuchi, 1975
Bern-Bethlehem
Chauffeur
Mitglied Greenpeace
Inlineskating, Velofahren, Natur



Daniel Wittwer, 1961
Bern-Bethlehem
Lüftungsanlagebauer
Musik, Foto, Film, Familie



Kanton Zürich



Flug- und weiterer Lärm

In der ersten Juliwoche 2012 handelte Frau Bundesrätin D. Leuthard einen Staatsvertrag betreffend Fluglärmstreit mit Deutschland aus. **Die Quintessenz** daraus, die An- und Abflüge von Osten werden weiter massiv zunehmen. Winterthur wird in Zukunft mit zusätzlichem Fluglärm beglückt werden, was die Gemüter der WinterthurerInnen erhitzen dürfte. Doch Hand aufs Herz, sind wir für die Zunahme des Flugverkehrs nicht auch mitverantwortlich? Unsere Bevölkerung hat ständig zuge-

nommen durch die Bauerei und Schaffung neuer Arbeitsplätze, welche grösstenteils durch die Zuwanderung beansprucht werden.

Man verspricht sich dadurch mehr Steuereinnahmen, doch diese werden von Infrastrukturaufgaben mehrfach verschlungen. Es müssen Schulhäuser, Strassen, Ver- und Entsorgungsanlagen usw. gebaut werden.

Dabei muss speziell die projektierte millionenschwere Erschliessungsstrasse Neuhegi erwähnt werden.

Lärm macht krank

Das Ziel des Stadtrates, in Winterthur bald 120'000 Einwohner zu zählen, ist nicht mehr weit entfernt. Sollte die Winterthurer Regierung im Streit um den Gotzen-

wiler Hang als Gewinner hervorgehen, sind wir dieser Einwohnerzahl näher gerückt. Hoffen wir, **dass Gotzenwil grün bleibt**, denn auch da lauern Infrastrukturaufgaben, nicht zu unterschätzen ist der Ausbau vom öffentlichen Verkehr. **Während der gesamten Bauzeit müsste im ganzen Stadtgebiet mit zusätzlichen Lärm- und Staubimmissionen zu rechnen sein.** Es scheint mir, viele Bürger haben es noch nicht realisiert, da wo Kulturland des lieben Geldes wegen mit Beton zugestampft wird, nimmt auch der Verkehr und der Lärm zu.

Lärm hat Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier. Im Körper wird mehr Adrenalin ausgeschüttet, die Blutgefässe verengen sich, der Blutdruck

steigt und die Herzfrequenz erhöht sich.

Dies zeichnet sich an den Menschen ab, sie werden «zappelig» und sind von Unruhe geplagt. **Lärm ist ein Stressfaktor, welcher auch die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit mindert, was Depressionen auslöst und oft zum Burnout-Syndrom führt.** Also sind wir für all diese Faktoren verantwortlich, schalten wir einen Gang zurück. Wer sich für ein wohnliches und lebenswertes Winterthur, für unsere Zukunft und die unserer Kinder bekennt, sagt Nein zu weiteren Siedlungsgebieten, Strassen- und Pistenbauten. Durch die Annahme der Kulturinitiative haben wir bereits ein Zeichen gesetzt.

Marcel Stutz, Gemeinderat,
Winterthur



Fluglärm – eine weitere Folge der Wachstumsideologie!

Den Schweizer Demokraten gehört die Zukunft – national, umweltbewusst, sozial!

Meldungen aus den letzten Monaten

«**Lege nie alle Eier in einen Korb**», empfehlen zurzeit alle Finanzexperten. Es ist der Ausdruck der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Finanz- und Währungskrise. **Dies ist begreiflich, wenn man sich über die sagenhaften Summen fauler Kredite im Dollar- und Euro-Raum Rechenschaft gibt.**

Im Euro-Raum soll die Gesamtschuld rund 150 Billionen Euro betragen. Allein die griechische Staatsschuld ist trotz des Schuldenschnittes wieder auf über 300 Millionen Euro angewachsen.

Eine Summe, die niemals mehr über die Schaffung von Realwerten ausgeglichen werden kann. Besonders dann nicht, wenn der IWF den hochverschuldeten Staaten rigorose Sparauflagen verordnet, die jeden Ansatz für einen Wiederaufschwung der Wirtschaft abwürgen.

Griechenland als Muster! Der griechischen Regierung reichen die Milliardentransfers aus den Rettungspaketen und der Schuldenschnitt offenbar nicht. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Dow Jones fehlen dem Land schon wieder 30 Milliarden.

Unterdessen erwartet die Ratingagentur Egon-Jones langfristig auch den absehbaren Staatsbankrott Deutschlands.

Der Leiter der Agentur sagte: «Irgendwann trifft es auch den Retter.»

Macht korrumpiert – doch noch mehr. Sie verändert das Gehirn des Machträgers. Am Beispiel *Obama* erfahren wir (Zitat): *Die vier Jahre im Amt haben nach Ansicht von Neurologen wie Robertson das Gehirn Obamas verändert und damit auch seine Persönlichkeit umgeformt. Durch die Macht steige der Testosteronspiegel, was den Dopaminhaushalt beeinflusse. Letztlich resultierten daraus erhöhte Egozentrik sowie die deutliche Abnahme von Empathie. Wer eine Vorzugsposition erhält, der verändert sein Verhalten. Zu viel oder zu wenig Dopamin beschädigt die normale Hirnfunktion. Dopamin beeinflusst den «Belohnungsmechanismus», der in jedem von uns angelegt ist. Der durch die neue*

Situation (sprich: ungehinderte Machtausübung) aus dem Gleichgewicht gekommene Geist sorgt nach Angaben von Robertson für ernste Probleme im Gerechtigkeitsempfinden, auf der emotionalen Ebene und im Selbstverständnis, das in eine Form von Narzissmus abdriften könne. Eine Erkenntnis, die sehr für das schweizerische Regierungssystem der einjährigen Präsidentschaft spricht; aber auch die Schwäche aufzeigt, dass Bundesratsmitglieder nicht kurzfristig in die Wüste geschickt werden können, wenn sie Mist gebaut haben!

Am Golde hängt doch alles! Eine weitgehend unbeachtet gebliebene Zeitungsnotiz zeigt das Problem auf: Die Türkei hat sich wie andere Staaten international dazu verpflichtet, die vom Weltsicherheitsrat gegen den Iran verhängten Sanktionen einzuhalten.

Nun wurde bekannt, dass Ankara die Sanktionen insgeheim gebrochen und für 1,99 Milliarden Euro Öl aus dem Iran importiert hat.

Damit das verbotene Geschäft bei der Zahlungsabwicklung nicht auffiel, **wurden sechzig Tonnen Gold der türkischen Nationalbank in einem Militärkonvoi bis zur iranischen Grenze gebracht.**

Die deutsche Autoindustrie vor der Krise! Mit dem Auslaufen der Hilfsprogramme zur Ankurbelung des Autokaufs droht der deutschen Autoindustrie eine wirkliche Baisse.

Bis 2013 werden in der Fahrzeugindustrie mehr als 500'000 Stellen abgebaut.

Auf jeden Arbeitsplatz, der bei einem Autobauer verloren geht, kommen noch einmal fünf bis sechs Jobs bei den Zulieferern hinzu (Das dürften auch schweizerische Industriebetriebe brutal zu spüren bekommen!). Die Rezession dürfte diesen Trend noch weiter verstärken.

E se non è vero, è ben trovato! Die Schweiz verzögert die Herausgabe neuer Banknoten! Die Schweizer Nationalbank wollte Ende 2012 mit der Ausgabe neuer Geldnoten



Mitt Romney will die USA in das republikanische Zeitalter zurückführen. Dennoch gehört der Imperialismus, ob Demokrat oder Republikaner, zum obligatorischen Standardprogramm.

beginnen. Wegen angeblich unerwarteter technischer Probleme verzögert sich die Emission um etwa ein Jahr. Aus dem Umfeld der Schweizer Notenbank gibt es nun das Gerücht, die Verzögerung habe ganz andere Gründe.

Wenn der Euro scheitert, hätte man sofort eine Serie neuer Franken, die sich optisch von den alten Franken unterscheidet.

Sie können im Notfall dann erst einmal nur an Schweizer ausgegeben werden, bis sich die internationale Finanzlage wieder beruhigt hat.

Israel, Israel über alles! Der republikanische Präsidentschaftskandidat Mitt Romney outet eine enge Freundschaft mit dem israelischen Präsidenten Netanjahu.

Er verkündete jüngst, er werde als Präsident keine Entscheidung bezüglich der Politik im Nahen Osten treffen ohne vorher Netanjahu konsultiert zu haben.

Ausserdem wolle er die Zusammenarbeit mit Israel vertiefen und die militärische Hilfe verstärken. Ausserdem kündigte er einen verstärkten Kampf gegen den Antisemitismus an. Einigermassen verständlich, wenn man weiss, dass der Zionist **Eliot Cohen** einer seiner wichtigsten Berater ist und zu-

dem ein gewichtiges Wort bei der Finanzierung des Wahlkampfes zu sprechen hat. **Dieser wird vom AIPAC (American Israeli Public Committee) grosszügig finanziert; dort aber ist Cohen ein einflussreiches Mitglied.**

Mitt Romney, eine machtbesessene Kriegsgurgel! Er gilt als machtbesessen und unberechenbar! Eine seiner programmatischen Reden der jüngsten Zeit tönte wie folgt (Kurzfassung): *Dieses Jahrhundert muss ein amerikanisches Jahrhundert sein. Amerika wird die freie Welt und die freie Welt wird die gesamte Welt anführen. Weil Amerikas Vorsehung gottgewollt ist, werde er als Präsident dem schicksalhaft notwendigen Krieg mit China, Russland, dem Iran, Pakistan und der Milliarden Muslims nicht ausweichen. Die beherrschende Rolle auf dem Doppelkontinent Amerika ist wiederherzustellen und die imperialen Ziele in Europa und Asien sind weiter zu verfolgen. Unbekümmert um das Budgetdefizit werde er die Rüstung weiter verstärken.* Einmal mehr bestätigt sich, dass es gleichgültig ist, ob ein Demokrat oder ein Republikaner im Weissen Haus das Sagen hat; so oder anders werden sie aus dem Hintergrund über die Hochfinanz und die grossen Konzerne gesteuert. Wehe, wenn einer eine eigenständige Politik zu führen gedenkt. Er überlebt nicht lange (siehe Kennedy!).

Hans Spitz, Köniz

Kt. Solothurn: Ausländische Polizeibeamte provozieren Parallelgesellschaften

Ist Ihnen bewusst, dass...

– die Nato im April 1999 (zum 50-jährigen Jubiläum) offiziell von einem Verteidigungsbündnis zu einem Angriffsbündnis mutierte. Dies, ohne die eingebundenen Parlamente oder Völker dazu auch nur um ihre Meinung gefragt zu haben.

Von da an waren von der NATO initiierte Kriege (Balkan!) zwar statutengerecht aber nichtsdestoweniger völkerrechtswidrig.

Die nach PR-Regeln ausgewählten Etiketten und Masken für alle derartigen Kriege heissen «Friedenssicherung», «Schutz der Menschenrechte», «Anti-Terrorismus», «Sicherung wichtiger Ressourcen und vitaler Interessen» (von wem?) und werden im Einzelfall von den USA und ihren «willigen Alliierten» – lies Vasallen definiert.

– unser Aussenminister Didier Burkhalter an den NATO-Gipfel nach Chicago wallfahrtete, um dort dem «grossen Bruder» die Ergebenheit und Treue des Schweizervolkes zu versichern. Parallel zu den Bücklingen, Dienstfertigungsbezeugungen und Verratshandlungen seiner EFD-Kollegin zulasten des Finanzplatzes Schweiz führt er die in Art. 267StGB als fahrlässigen Landesverrat bezeichneten Unterhandlungen zulasten der Eidgenossenschaft einiger Vorgänger fort.

Tatsächlich haben Cotti und Ogi schon 1996 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die Schweiz in die PfP (Partnership for peace) hineinmanövriert.

– die heftigen Kämpfe im Südwesten Syriens im Umfeld der Städte Homs, Aleppo und Houla damit zu tun haben, dass sich dort wichtige Stützpunkte der syrischen Armee mit (laut den Amerikanern!) grösseren Mengen von Massenvernichtungsmitteln (B- und C-Waffen) befinden. Die sogenannten «Aufständischen» – in Wahrheit ein wesentlich von aussen alimentiertes und gesteuertes Söldnerheer – werden dort eingesetzt, weil dieses Gebiet für die künftige Erdgasgewinnung und die entsprechende Durchleitung von grosser strategischer Bedeutung ist.

– die CIA die sogenannte syrische Opposition jetzt mit den exilkubanischen Kräften «verheiratet» und in Miami (Florida) platziert hat. Von dort aus soll jetzt neben den verbalen und militärischen Angriffen auf Syrien auch noch Castros Kuba in einen «ägyptischen Frühling» gehetzt werden.

– die Personenfreizügigkeit wesentlich zum weiteren Bevölkerungswachstum / Wirtschaftswildwuchs in unserem Lande beiträgt. Etwas, das von kurzsichtigen, von Boni besessenen und wachstumssüchtigen Wirtschaftsjunkies weiterhin begrüsst wird. Diese haben noch nicht begriffen, dass die Marktwirtschaft ihre Grenzen beim Gemeinwohl hat, ansonsten sie zur gemeinschädlichen Marktgesellschaft verkommt.

Ökonomische Modellschreiner mit ihren quantitativen Wachstumsphantasmen sind daran, auch unser Land an die Wand zu fahren und unsere Lebensgrundlagen und nationale Zukunft zu zerstören.

– uns die galoppierende Verschlechterung der Lebensqualität für die Masse des Volkes und die zunehmende Auslandabhängigkeit unserer gesamten Volkswirtschaft droht. Ihr Focus ist offensichtlich nur auf die Einnahmen der obersten Zehntausend unseres Volkes gerichtet. Der Rest ist ihnen egal!

– die Schweiz mit knappen 25% Migranten-Anteil an der Gesamtbevölkerung weltweit an 3. Stelle steht. Noch schlimmer sind das Fürstentum Luxemburg mit 36% und der australische Kontinent mit wenig über 25% dran. Exemplarisch zeigen sich die Folgen der unbedachten, verhängnisvollen Wachstumspolitik am Beispiel des Kantons Tessin.

Waren in unserem Südkanton im Jahre 2000 noch 27'044 Grenzgänger tätig, sind es 2012 bereits 53'417, das heisst jeder vierte Erwerbstätige.

Die Folgen sind:

– täglich stundenlange Staus im Mendrisiotto, im Malcantone und im Gambarogno;
– die rasend schnelle Umwandlung der Kulturlandschaften dieser Gebiete (unter anderem Magadino-Ebene) in Zivilisationswüsten;
– die fragwürdige Abhängigkeit vom staatlichen Nachbarn mit all seinen Schwächen der Steuerflucht und des organisierten Verbrechens.

– unsere Sozialwerke sehr direkt durch die freie Einwanderung belastet werden. Die Folgen werden im Zusammenwirken mit der Tiefzinspolitik in wenigen Jahren als Folge der System- und Finanzkrise uns allen sehr teuer zu stehen kommen.

– die friedliebende GsoA vor genau 10 Jahren in mehreren trefflich formulierten Medienmitteilungen sehr



Kriegerische Friedensförderung der NATO – mit indirekter Schweizer Unterstützung?

entschieden gegen die fortdauernde Unterstützung der israelischen Rüstungsindustrie Sturm lief. Leider erfolglos!

– Zwei Zitate aus jenen Communiqués mögen dies belegen:

– Die israelische Armee ist ein zentrales Element der Kriegspolitik gegen die palästinensische Zivilbevölkerung.

– Durch schrittweise Gewalt werden die landwirtschaftliche Basis, die Infrastruktur, die Kommunikationswege, mit anderen Worten die lebenswichtigen Ressourcen der in

«Bantustan» gefangenen und isolierten palästinensischen Bevölkerung zerstört.

Noch heute tun wir so, als sei der Staat Israel ein ehrenwerter, zivilisierter Staat, der sich ans Völkerrecht hält und die Menschenrechte schützt. Dies, obwohl gerade in der heutigen Zeit seine kriegshetzerische Rolle im Konflikt in Syrien und im geplanten Krieg gegen den Iran offensichtlich ist. Aber diese unkontrollierte Atommacht mit dem mächtigen Beschützer USA im Rücken scheint sich alle Freiheiten herausnehmen zu können.

Der Kleinstaat Schweiz hat nur dann eine Chance, im globalen Machtkampf bestehen zu können, wenn seine Regierung, sein Parlament und das ganze Volk konsequent für die wehrhafte Neutralität einsteht; wenn sie Recht und Gerechtigkeit im eigenen Einflussbereich vorleben und dafür weltweit Zeugnis ablegen.

Tino Giacomo

Heu aus Eritrea! Bald auch für Winterthur?

Am 17. März 2012 war in der Aargauer Zeitung zu lesen, dass sich seit dem Jahr 2000 die Heuimporte mehr als verdreifacht haben. Die Schweiz importiert Heu unter anderem aus Ländern wie Eritrea, Kirgistan, Kamerun und aus dem 10'000 km entfernten Peru. Im Jahr 2010 kamen 22 Tonnen aus dem ostafrikanischen Eritrea. Eritrea ist hierzulande eher wegen den von dort stammenden Asylbewerbern bekannt. Tatsache ist jedoch, dass Eritrea nur wenige Futterflächen aufweist, da der grösste Teil Wüste oder Halbwüste ist. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass dort viele Leute hungern müssen und am Existenzminimum dahinvegetieren.

Meiner Ansicht nach sollten gewisse Politiker ein schlechtes Gewissen haben, dass Heu aus solchen Ländern in die Schweiz gebracht wird. Eritrea hätte mehr Landwirtschaft zur Versorgung ihrer eigenen Bevölkerung dringend nötig, sicherlich würden dann auch weniger Leute ins Ausland flüchten.

Selbstverschuldete Importabhängigkeit

Wie weit haben wir es in unserem Land gebracht, wenn Heu aus anderen Ländern herangekarrt werden muss. Die schönsten fruchtbaren Flächen wurden in den letzten Jahrzehnten zubetoniert und somit der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen.

Damit schwächen wir unsere Landwirtschaft von Jahr zu Jahr mehr. Es ist also so, dass unser Land nicht mehr alles Heu, das für die landwirtschaftliche Produktion benötigt wird, auch selbst produziert. Somit werden wir immer mehr vom Ausland abhängig. Doch die Landverschwendung geht für das über alles geliebte Geld immer schneller vorwärts.

Es gibt auch Leute, die kämpfen im eigenen Land für die 2000-Watt-Gesellschaft und die CO₂-Reduktion und vergessen, dass jegliche Bautätigkeit und Importgüter das Mehrfache an Energieverschwendung und CO₂-Ausstoss produzieren.

Die Realität liegt hier anscheinend fern. Vom Baumloch und Kapitalismus getrieben, wird auch in Winterthur schönstes Kulturland verbetoniert. So kämpft der Stadtrat für die Einzonung in Gotzenwil, wo die Bauernfamilie um ihre Existenz bangen muss. Das Futter für ihre 50 Kühe im Stall wird von der reduzierten Landwirtschaftsfläche nicht mehr aufzubringen sein. – Wird der Gotzenwiler Bauernbetrieb auch bald von Heu aus Eritrea, Kirgistan, Kamerun oder gar aus dem 10'000 km entfernten Peru abhängig werden?

Marcel Stutz, Gemeinderat, Winterthur



Septembrisades: des massacreurs aux suicides

Septembre 1792: «J'ai voulu que la jeunesse parisienne arrivât en **Champagne** couverte d'un sang qui m'assurât de sa fidélité. J'ai voulu mettre entre elle et les émigrés un fleuve de sang.» **Danton** (après **Valmy**, 20/09/1792) sur les massacres du 2 au 6 septembre 1792: 3400 morts en 4 jours.

Septembre 1982: (Sabra et Chatila). Massacres par des milices libanaises avec la complicité passive de l'armée israélienne, de 3000 à 3500 palestiniens (selon **Kapeliouk**) du 16 au 18 septembre 1982.

Septembre 2002: Sabordage du **Parti de la liberté**, FPOe, au pouvoir en **Autriche**: Bouffonneries et autres fariboles des **Laurel & Hardy** de service (**Haider/Riess-Passer**). Subséquemment à cette lamentable pantalonnade: sondage sur les intentions de vote avant les élections anticipées: FPOe: 12%! Perte: 15% de l'électorat!

On se souvient encore de la scission au sein de l'**Action Nationale**, en Suisse, il y plus de 35 ans; de la disparition de **Vigilance** (2ème Parti politique du canton) à Genève au début des années 90; de la dissidence au F.N., etc...

Septembre 2002: Votations cantonales vaudoises du 22/09/02: 33% de votants! et acceptation (54% de stipendiés, soit 1 électeur sur 6!) de la nouvelle constitution incluant subrepticement le droit de vote, au

niveau communal, des étrangers (25% de la population en 2002 déjà) nonobstant les nombreuses et récentes tentatives avortées à l'époque(...). Perfides, les constituants avaient eu recours à ce subterfuge volontariste et déloyal afin de satisfaire aux ukases et sirènes mondialistes.

Pas de massacre donc en terre «vaudoise». Du moins, pas encore! On élude l'inéluctable et tragique échéance en pratiquant l'autodisparition. Ethnomasochisme **Historique**, mais, finalement, assez logique et connexe à la déliquescence humanitariste au **Pays le plus bête du monde!**

Un journaliste relevait assez justement que si les suisses avaient inventé la neutralité c'est parce qu'ils avaient été les guerriers les plus redoutables, puis courtisés, du 14ème siècle aux guerres napoléoniennes. Pour la fin du 20ème siècle et le début du 21ème, il aurait pu ajouter: «Les dégénérés d'aujourd'hui pourraient leur faire regretter leurs sacrifices héroïques! (...)

En effet, on ne naturalise pas impunément 700'000 personnes en 28 ans sans modifier profondément le tissu ethnique, donc culturel, d'une nation. On nous reproche même la carence des naturalisations annuelles: 2% ou 37 à 40'000 personnes et plus. Deux fois moins que dans les pays de l'UE, en omet-



Trop de monde dans les zones urbaines (exemple de Zurich)!

tant soigneusement de préciser que ces Etats comptent une moyenne de 5 à 10% d'étrangers contre 22% pour la **Suisse!**

Septembre 2012: Ne vient-on pas de publier les chiffres calamiteux de la population étrangère + naturalisés + les enfants nés d'au moins un parent étranger: 2'600'000 personnes auxquelles il faut ajouter 150'000 clandestins au minimum **Total: 2'750'000 personnes** sur officiellement 8'000'000 d'habitants = 34%!

Encore 2 ou 3 générations et la population d'origine suisse (400-450 après J-C. - invasions germaniques - à la Seconde Guerre mondiale: 15 siècles!) aura totalement disparu!

Ce pays entre en agonie mais n'a de cesse (syndrome de Singapour) de

poursuivre son bétonnage imbécile et suicidaire (10 hectares par jour); la multiplication inutile des emplois pour une pléthore d'immigrés supplémentaires (70'000) par année dans le seul intérêt du **Capital** et la plus grande satisfaction des lobby mondialistes criminels; les coupes drastiques dans le budget d'une armée aujourd'hui exsangue; l'extension du droit de vote et d'éligibilité aux étrangers; les naturalisations exponentielles; l'arsenal de lois iniques réprimant la liberté d'opinion et d'expression..., etc. Beau mois de septembre finissant. Celui dont on prétend qu'il est le plus stable et agréable de l'année!

Pierre-Maurice Vernay, président du DS Vaud, Remaufens

Votations du 23 septembre: victoire du MCG

Les électeurs disent non au chaos vert

Pour le MCG le «non» très net à la fermeture des 50 rues, en ville de Genève, est une grande victoire. Nous nous sommes battus sans relâche contre ces mesures dogmatiques, stupides et absurdes qui ont été fortement rejetées par les électeurs.

C'est sous l'impulsion des conseillers municipaux MCG de la Ville de Genève que le référendum a été lancé, notre Mouvement ayant été suivi par d'autres partis et groupes de pression. Ces derniers, d'abord hésitants, se sont finalement unis pour faire aboutir ce référendum. Le peuple a, ce 23 septembre, rejeté le saucissonnage des rues par le Conseil administratif de la Ville, pour instaurer le chaos. Les Verts,

les Socialistes, l'extrême-gauche et le PDC qui créent ainsi des embouteillages sont les plus grands pollueurs du canton, en déplaçant le trafic et en favorisant l'immobilité.

Non à une mesure dogmatique et absurde

Le «non» à la fermeture de 50 rues est avant tout un désaveu de la politique menée par la gauche, les écologistes et leurs alliés dogmatiques du centre. Rappelons que ce projet aurait dû coûter 5 millions de francs à la charge des contribuables. C'est d'autant plus une arnaque, que ces partis ont refusé de soumettre au peuple ces fermetures de rues. Il nous a donc fallu lancer ce référendum.

Le MCG qui est une force de proposition a déposé un projet de loi pour subordonner toute fermeture de rues à un examen par le Grand Conseil. De manière plus générale, le MCG souhaite une meilleure complémentarité des modes de transports, en améliorant la fluidité sans toutefois augmenter la circulation.

Un signal fort

C'est un signal fort que les électeurs ont lancé aussi bien au Conseil administratif qu'au Conseil d'Etat. Ils s'opposent à la politique désastreuse menée actuellement en matière de circulation aussi bien par les ayatollahs anti-bagnoles de la Ville de Genève que par

l'incompétence de la responsable de l'immobilité Mme Kunzler. Le constat d'aujourd'hui c'est que le MCG est un mouvement visionnaire.

Carton plein: le MCG gagne sur tous les fronts!

En effet le MCG avait appelé ses électeurs à voter contre l'initiative sur le tabac, et à approuver les deux autres initiatives notamment celle qui concerne les personnes âgées.

Roger Golay, président du MCG,

Lancy

Carlos Medeiros, président du MCG, section Ville de Genève

Pascal Spuhler, chef du Groupe MCG au Conseil municipal de la Ville, Genève

Violences à Vernier, au Lignon, aux Libellules et aux Avanchets

Insécurité: grave échec de l'alliance gauche-PLR!

La politique en matière de sécurité, menée à Vernier par le socialiste Apothéloz à grand renfort de campagnes de pub trompeuses, est un échec. Il partage cette responsabilité avec la gauche, les verts et le PLR, qui, en lieu et place d'augmenter drastiquement les effectifs de la police municipale, ont privilégié la multiplication des postes de travailleurs sociaux «fantômes».

La réalité!

Aujourd'hui, ils ne peuvent plus cacher la réalité. Ces solutions angéliques ont démontré leur échec total, comme le prouve une augmentation de l'insécurité dans la commune de Vernier.

Au Lignon, deux jeunes ont été blessés au fusil à grenaille par d'autres jeunes.

Dans le quartier des Libellules, un homme s'est fait agresser dans son appartement.

Aux Avanchets, des scènes de violence ont eu lieu sur une terrasse de café.

A Vernier-Village d'importantes dépradations ont été commises, etc. etc.

Une politique de bisounours

Cette explosion de violences démontre le peu d'efficacité des «travailleurs sociaux hors mur» mis en place par les socialistes. La présence de vidéo-surveillance permettrait d'éviter

ce genre d'affaires ainsi que les tournées d'APM que nous avons réclamées.

Le MCG n'a cessé de faire des propositions pour la sécurité à Vernier, sans être suivi par les dangereux utopistes du Conseil administratif gauche-libéral.

Clairement le socialiste Apothéloz, responsable de la sécurité à Vernier, n'assume pas ses responsabilités ni son échec politique dans la mise en place de sa politique sécuritaire digne des bisounours. Ce n'est jamais sa faute mais celle des autres.

Le MCG a des solutions

Une aberration supplémentaire de sa part, un quémendant un ilôtier de

plus, comme si ce dernier allait tel Hercule faire place au malaise qui règne à Vernier depuis que le MCG n'est plus à l'exécutif.

Pour agir efficacement en faveur des citoyennes et citoyens, nous avons récemment proposé un concept police-population qui intègre la participation d'habitants de Vernier, sur le modèle qui a fait ses preuves dans les communes vaudoises depuis de nombreuses années.

*Thierry Cerutti,
ancien Maire de Vernier,
député et conseiller municipal*

*Ana Roch, Cheffe du groupe MCG
au Conseil municipal de Vernier*



Viennent le chaos et la chientlit

Etonnant tout de même. Ce pays déjà moribond n'en finit pas de se saborder. L'ethnomasochisme qui le caractérise a de beaux jours devant lui. Il est bien le seul. En effet, Les JO de Londres viennent de se terminer et les imprécateurs médiatiques n'en finissent pas de gausser les résultats médiocres de nos représentants. C'est oublier un peu vite que la Suisse (33ème mondiale et 15ème européenne) a, au classement des médailles, laissé derrière elle 27 pays européens dont l'Autriche qui rentre bredouille, la Finlande (3 médailles), la Suède, La Norvège (4 médailles), La Belgique, la Slovaquie, le Portugal (imédaille), etc. Elle totalise à ce jour (jeux d'été et d'hiver confondus) 312 médailles olympiques depuis 1896, ce qui la place au 18ème rang mondial (URSS et RDA comprises). Mais, passons...

Franz Weber diabolisé! Il a eu l'outrecuidance de dénoncer l'immigration, cause première du bétonnage (16 hectares par jour). Il est accusé de racisme, de xénophobie et autre calembredaine. Nous, on connaît. Depuis longtemps. Merci.

Le conseiller fédéral Burkhalter s'autorise des vaticinations sur les avatars humanitaires des Etats du Moyen-Orient au mépris de la neutralité du pays qu'il est censé représenter. Sa collègue Sommaruga palabre sur les infrastructures à étudier en relation avec l'immigration exponentielle que la Suisse connaît aujourd'hui, sans jamais avouer et préciser jusqu'où tout ceci peut aller mais, surtout, comment cela va finir: «L'important est de savoir comment on veut vivre en Suisse» (!) S. Sommaruga. Survivre seulement, Madame. A cause de l'idéologie perfide que vous représentez.

La Suisse se réduit comme une peau de chagrin. Le pays le plus montagneux d'Europe (38% de surface habitable) continue sa fuite en avant, s'arc-boutant sur les chiffres suicidaires de cette idéologie de mort qu'on appelle la croissance! Avec près de 550 habitants au km² (chiffres réels), elle a le triste privilège de faire partie des pays à la densité démographique la plus élevée au monde! Ce futur ex-pays; sans peuple; sans histoire propre; sans culture, si-non

celle(s) des autres; sans identité; sans patrimoine (détruit par économie suisse et les partis mondialiste!), mais avec toujours plus de béton, du béton à n'en plus finir, à perte de vue... et le parc à voiture + le CO₂ le plus important au monde; une propagande imbécile et pernicieuse qui culpabilise un peuple, à l'origine immensément pauvre, qui n'a jamais colonisé aucun territoire (il en a même refusé!...); qui pratique les salaires les plus élevés de la planète et comptabilise 22% d'immigrés et plus de 900'000 naturalisés (700'000 depuis 1984) tout en acceptant passivement de subir une criminalité endémique insupportable

qui en est directement l'inévitable et incontestable corollaire aggravant. Ne nous leurons pas, nous sommes parvenus, c'est une banalité de le constater, à un tournant décisif de l'histoire tragique de ce pays. Conscient des impératifs du moment, des dangers inhérents à ce type de catastrophique situation et du chaos qu'elle engendre, notre cher Parti va probablement reconsidérer sa dénomination et des points essentiels de son programme, seuls gages des succès à venir. Il en va de sa survie et de celle du pays tout entier.

*Pierre-Maurice Vernay,
président du DS Vaud, Remaufens*

Un Français parachuté à la tête des Hôpitaux?

Scandale en vue aux HUG!

Suite à la publication d'un article dans le «20 Minutes» (17 septembre 2012) annonçant l'engagement possible d'un directeur général français aux HUG (Hôpitaux Universitaires de Genève), le MCG tient à exprimer sa plus grande désapprobation.

Il est inacceptable que soit placée, à la tête des HUG, une personne qui ne serait pas de nationalité suisse. Comment peut-on laisser les rênes d'une institution aussi capitale pour Genève à quelqu'un ne connaissant pas parfaitement nos institutions? Nous reprochons au Conseil d'Etat ainsi qu'à une frange de «décideurs» de vouloir toujours favoriser l'engagement de personnes soi-disant plus compétentes que nos 7 millions de Suisses, dénigrant de la sorte notre population ainsi que son système d'éducation et de formation. Ces chasseurs de têtes se laissent plus souvent abuser par des bluffeurs ou des beaux parleurs, alors que les

Suisses sont connus pour être de gens plus discrets mais aussi plus sérieux.

L'exemple des TPG avec l'engagement, il y a quelques années, d'une direction provenant de la RATP en est la parfaite démonstration. Tout le monde se souvient des dysfonctionnements de la gestion des TPG à cette époque.

Par conséquent, le MCG dénoncera toute nomination d'une personne n'ayant pas la nationalité suisse au poste de directeur général d'une régie publique ou d'une institution étatique. Nous avons toujours défendu que les postes-clés des institutions publiques ou représentant la puissance publique (justice, police, fiscalité, etc.) devaient être occupés exclusivement par du personnel de nationalité suisse.

*Roger Golay, député et
président du MCG, Lancy
François Baertschi,
secrétaire général du MCG*

Leserbriefe

Prämien für kriminelle Asylbewerber?

Die Genfer Staatsrätin Isabel Rochat hat dem Asyl(un)wesen die Krone aufgesetzt. Sie will kriminellen Asylbewerbern 4000 Franken bezahlen, wenn diese freiwillig in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Das sei billiger als ein teurer Gefängnisaufenthalt. Diese Aussage ist grotesk und zeugt von unglaublicher Naivität. Denn ein solches Vorgehen würde sich rasch in Afrika herumsprechen und stellt eine Einladung, in die Schweiz zu kommen, dar.

Die Folge wäre eine frappante

Zunahme der Wirtschaftsflüchtlinge, die hier zuerst einmal jahrelang auf unsere Kosten leben würden.

Im Fall einer drohenden Abschiebung begehren sie Straftaten, kasieren als Belohnung 4000 Franken und kommen garantiert wieder, was langfristig im Endeffekt viel teurer ist. Ob die Genfer Staatsrätin auch an die zusätzlichen Opfer solcher staatlich subventionierten Straftaten gedacht hat, bleibt ihr Geheimnis.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Erfundener «Hirntod»

Die nachfolgend geschilderten Geschehnisse bestätigen die zahlreichen Bedenken gegen das Widerspruchmodell. Um die Organspenden vom Verdacht der vorsätzlichen Tötung zu befreien, musste zuerst der «Hirntod» erfunden werden. Dies geschah 1968 und wurde wie folgt definiert: «Ein Mensch ist dann tot, wenn sein Gehirn irreversibel zerstört ist.»

Es handelt sich dabei um einen «lebenden Leichnam», dessen Herz noch schlägt und den gesamten Kreislauf aufrechterhält! So erstaunt es nicht, dass es Hunderte von Fällen gibt, wo «Hirntote» wieder aufgewacht sind.

Da wurde zum Beispiel ein 21-jähriger US-Amerikaner nach einem schweren Autounfall bereits zur Organtransplantation freigegeben, die anwesenden Eltern hatten der Organentnahme zugestimmt. Der komatöse, bewegungsunfähige Mann bekam, wie er später bekundete, alle Gespräche mit und wäre am liebsten vom Tisch gesprungen. Dank Verzögerungen bei der Organtransport-Flugbereitschaft und der Aufmerksamkeit seiner zum Abschied anwesenden Cousine blieb der Verunglückte am Leben. Solche Geschichten von ehemals «Hirntoten» lassen aufhorchen und rufen uns Bürger in die Pflicht, die gängige Transplantationsmedizin zu hinterfragen.

Martin Bracher, Büsserach

Weshalb kein Geld für Tabak(Jugend)prävention?

Der Verein «Fümoar» in Basel verfügt über mehrere Hunderttausend Franken aus Mitgliederbeiträgen und erzielt ansehnliche Überschüsse. Dieser Sachverhalt kann nur so erklärt werden: Mädchen und Jungen, welche eigentlich Nichtraucher bzw. in einem Nichtraucherhaushalt aufgewachsen sind, werden durch ihre «guten» oder «besten» Kolleginnen und Kollegen mit sanftem «freundschaftlichen» Druck dazu genötigt, doch auch für zehn Franken Mitglied bei «Fümoar» zu werden, damit quasi die Freundschaft nicht auseinandergerissen wird. Dies funktioniert gewissermassen wie ein Schneeballeffekt. Im Moment

bringt das gesundheitlich destruktive Verhalten des Rauchens sehr viel Geld. Nun müsste aber psychologisch evaluiert werden, welche Mitglieder tatsächlich «hoffnungslose» notorische Raucher sind und welche bloss aus einer falsch verstandenen Solidarität heraus den Mitgliederbeitrag bezahlen.

Weshalb fliessen die «Fümoar»-Überschüsse nicht in die Gesundheitsprävention?

Dem «Fümoar»-Vorstand ist die Volksgesundheit inkl. der Jugend offensichtlich völlig egal, Hauptsache die Kasse stimmt... Besitzt der

Vorstand etwa Aktien von Tabakkonzernen?

Ob der Verein «Fümoar» überhaupt den Zusammenhang zwischen dem Rauchen und Brustkrebs, der Schädigung der Alveolen (Lungenbläschen) sowie einem Emphysem (Gasansammlung in der Lunge) begreift, ist wohl mehr als fraglich.

Es geht angeblich um die Freiheit der Rauchenden. Die Nichtraucher

möchten aber nicht die sehr oft über Jahre andauernden raucherbedingten medizinischen Eingriffe und auch die stationären Spitalaufenthalte in Form der Krankenkassenprämien mitfinanzieren müssen, andernfalls ist meine Freiheit durch stets steigende Kosten stark eingeschränkt. Dies sind harte Fakten, welche sich keineswegs durch einige naive Streicheleinheiten im Streichelzoo schönreden lassen!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Reaktion auf Leserbrief

«Beschneidung: unnötige seelische Verletzung»

Die Beschneidung ist ein jüdisches Brauchtum, das über einfaches Brauchtum hinausgeht. Folklore und kulturelle Brauchtümer insgesamt sind respektabel; sie machen, oberflächlich betrachtet, nach aussen die Würde eines Volkes aus. Bei der Beschneidung geht es um mehr: Wir sollten uns eher nicht in eine «Tradition» einmischen, die eigentlich keine ist. Es ist ein Gebot Gottes gemäss Mose 17.10. Ein solches Gebot kann nur durch Gott selber rückgängig gemacht werden, mindestens gilt das für die jüdischen Menschen, die ihren Glauben leben, wobei sie Gebote aufrechterhalten.

Eigenverantwortliche private Angelegenheit

Die Beschneidung ist ein Eingriff in die Intimsphäre. Es kann als heikel betrachtet werden, wenn sich dabei Aussenseiter einmischen. Das Kölner Gericht hat die Beschneidung als Strafrechtsfall beurteilt, wobei sich doch laut die Frage stellen sollte, ob es sich überhaupt um eine Straftat handelt! Wenn vor Gericht zu beurteilen, dann wohl vor Zivilgericht. Bei Handlungen an Unmündigen steht das Kindeswohl im Vordergrund. Auch im Rahmen des Glaubens tun die Eltern das Beste für ihr Kind. Der Vater des Kindes hat selber die Beschneidung durchlebt und überlebt. Der Mann, der den Eingriff vornimmt, fügt dem Baby einen Schmerz zu, der vorübergeht. Das beschnittene Baby geniesst den Schutz und den Segen seiner religiösen Gemeinschaftsmitglieder, insbesondere seiner Eltern. Und wenn der Knabe erwachsen ist, dann geniesst er den Vor-

teil, dass seine Frau ein kleineres Risiko läuft, an einem Gebärmutterkrebs zu erkranken. Der medizinische Vorteil ist ja statistisch erwiesen, daran gibt es nichts zu rütteln.

Akzeptable Praxis

Stellen Sie sich einmal vor, wie es wäre, wenn ein Gesetz erlassen wird, das beinhaltet, die Kinder erst beschneiden zu dürfen, wenn sie mündig geworden sind, etwa im achten Lebensjahr.

In einer solchen sozialen Realität wird das Kind dazu aufgezogen, sich unbedingt beschneiden zu lassen. Wenn es ablehnt, dann fällt es aus dem sozialen Kontext seiner Gesellschaft und findet seinen Dreh kaum.

Es wurde in der Schriftkultur seiner Verwandten erzogen, es lebt nach den Geboten und Gepflogenheiten seiner Kultur, in der es geboren wurde. Ist der Eingriff des Beschneidens für das heranwachsende Kind nicht schlimmer? Die Sorgen und Ängste der Eltern erleben zu müssen, die Strenge in der Führung bei der Willensbildung. Da ist doch das achttägige Alter optimaler. Die Biologie steht so im Hintergrund und das Kind als Gebärmutterbewohner geniesst nahtlos beim Heranwachsen die eindeutige Liebe seiner geistig-spirituell gesunden Eltern. Ausserdem könnte sich ein beschnittener Jude genauso zu einer anderen Religion bekehren wie ein unbeschnittener, wenn er den Willen im Laufe seines Lebens hat.

Edith Meyer, Küsnacht ZH

Kriminelle Ausländer ausschaffen – rassistisch?

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz

SVP für steinreiche Ausländer!

In verschiedenen Kantonen wurde in letzter Zeit mittels Volksabstimmungen die Pauschalbesteuerung von sehr reichen Ausländern abgeschafft. Auch auf Bundesebene laufen Bestrebungen, wonach diese Sonderkategorie Ausländer wieder mehr Steuern bezahlen muss. Pauschalbesteuerung bedeutet, dass diese wohlhabenden Ausländer weniger Steuern bezahlen müssen, als es dies ein gleich wohlhabender Einheimischer muss. Das empfinden wir Schweizer Demokraten als höchst ungerecht. Es gibt kein Argument, steinreiche Leute steuerlich speziell zu bevorzugen.

Landauf landab sind die SVP, die FDP und die BDP aber dafür, dass diese Ausländer gegenüber den Einheimischen bevorzugt behandelt werden. So jüngst wieder im Basler Grossen Rat. Das Parlament

schaffte Mitte September die steuerliche Sonderbehandlung von steinreichen Ausländern ab. Als einzige Partei war die SVP, zusammen mit einigen wenigen Freisinnigen dagegen, dass dies abgeschafft wird.

Die SVP Baselstadt brüstete sich gar, dass sie im Grossen Rat wie eine ausländerfreundliche Partei gestimmt habe!

Die SVP-Millionäre sind landauf landab diejenigen, welche auch dafür eintreten, dass uns Angestellten und Rentnern die Teuerung nicht ausgeglichen wird. Aber für die reichen Ausländer tut sie im ganzen Land alles, was sie kann. Die sollen gemäss SVP auch weiterhin Häuser und Zweitwohnungen in den besten Wohnlagen kaufen dürfen. Der Zweitwohnungsbau-

Volksentscheid ist der SVP ein Dorn im Auge. Denn sie waren ja gegen diese Heimatschutzinitiative. Diese Partei ist völlig unsozial und damit schweizerfeindlich eingestellt! Uns gönnt sie nicht einmal den Teuerungsausgleich auf unseren Löhnen und Renten.

Wählen wir deshalb am 21. Oktober im Kanton Aargau nicht die SVP, sondern die SD-Grossratsliste 10 unverändert und in die Regierung, SD-Grossrat René Kunz. Und bei den Basler Grossratswahlen wählen wir am 28. Oktober im Wahlkreis Kleinbasel die Grossratsliste 14 der Volksaktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat!

SD-Redaktion

«Kulturelle» Blüten des Einwanderungswahnsinns

Medien sind fast täglich voll davon und berichten uns von einem Ansteckungs- und Verbreitungsherd kulturellen bzw. zivilisatorischen Niedergangs in unserem Land, das wir und unsere Vorfahren in langjährigen Anstrengungen über Generationen zur Demokratie, zum Rechtsstaat, zu einer Zivilisation mit einer Gesellschaft, basierend auf Achtung, Respekt und Anstand aufgebaut haben!

Nachrichtenalltag

(Zitat) Meldung aus dem Tagesanzeiger vom 13. Juli: «Die Polizei versucht nach dem Doppelmord einen Racheakt zu verhindern – 51-jähriger Vater und sein 26-jähriger Sohn erschossen – mutmassliche Täter, ebenfalls Vater und Sohn sollen die beiden mit einem Sturmgewehr (Schweizer Armee!) und einer Pistole vor ihrem Wohnhaus erschossen haben.

Opfer- und Täterfamilien stammen aus dem Kosovo – die siebenköpfige Familie mit 3 Söhnen und 2 Töchtern (!) ist 2009 eingebürgert worden (!). Der Vater ist IV-Rentner(!). Die Familie hat die rechtlichen Bedingungen (!) für eine Einbürgerung erfüllt.

– Die Polizei habe mehrere Massnahmen getroffen – **Familie der Täter untergetaucht – wohnt nicht mehr im eigenen Haus in Fulenbach.**
Weiter vorne im gleichen Blatt fin-



Das schweizerische Einbürgerungswesen enthält zu wenig Kontrollmechanismen, sodass Missbräuche oft erst im Nachhinein ans Licht kommen.

den wir eine Beschreibung eng verwandter Symptome: «Eine aus Kosovo stammende 21-jährige Frau hatte einen sieben Jahre älteren, im Kanton St. Gallen niedergelassenen Serben geheiratet – schon nach 21 Monaten zu Ende – alle Bemühungen, das Eheleben dem in der Schweiz Üblichen anzupassen, waren gescheitert.» **Sie durfte weder Deutsch- noch Integrationskurse besuchen, ohne Zustimmung ihres Mannes nicht telefonieren und die Wohnung nur unter Aufsicht ihrer Schwiegermutter verlassen – Fall geht bis vor Bundesgericht – geniale Erklärung: «So ist das halt im Islam!» Kosovarin muss nach Hause, gewalttätiger Muslimserbe darf bleiben.»**

Das sind die täglich wiederkehrenden Symptome einer jahrzehntelangen Masseneinwanderung ohne die geringste Kontrolle der für unseren Staat verantwortlichen Politiker und Behörden. Kosovo ist jetzt ein von den Albanern dem serbischen Staat «abgerungener» (mit zweifel-

hafter ausländischer Hilfe) eigener Staat, wir erinnern uns, Mme Calmy-Rey hat damals sofort und als erste eine Botschaft eröffnet (Merci Madame...). Ihre weiterhin schwellenden gesellschaftlichen bzw. zivilisatorischen Entwicklungsprobleme exportieren sie aber weiterhin zu uns. – Und dann gibt es da die «Arbeitsplatzkreationisten» und Investoren, die mit unvergleichlich dummem, wenn auch bewusstem Zynismus predigen:

Wir hätten unseren Wohlstand «der Einwanderung zu verdanken» – und natürlich nicht unserem eigenen Fleiss, unserer Selbstdisziplin, dem sozialen Frieden und schliesslich unserer eigenen Arbeitsleistung!

Lasche Einbürgerungspraxis

Nächste Restgenerationen von Schweizern können und müssen sich eines Tages mit einem kapitalen strategischen Versagen von einigen «Classe politique-Generationen» geschichtlich auseinandersetzen. Die Geschichte lehrt immer wieder, dass destruktive Entwicklungen und grobfahrlässige Fehlnavigation später kaum noch korrigierbar oder wieder gutzumachen sind! **Dazu gehört beispielsweise auch der grobfahrlässige Umgang mit dem viel zu schnell verliehenen Bürgerrecht.** Das Bürgerrecht als Schweizer ist nicht vergleichbar mit einem Bürgerrecht von beispielsweise Frankreich, USA, Deutschland usw. die sich zwar alle auch «Demo-

kratien» nennen, wo aber der Bürger kaum selbst Mitverantwortung für das Funktionieren von Staat und Gesellschaft trägt. Ihre Bürgerrechte beschränken sich vorwiegend auf das periodische Auswählen eines meist wohlhabenden und von Kapital und anderen Mächten abhängigen vielversprechenden Rhetorikers zum Präsidenten. Präsidenten mit zumeist unheimlich umfassenden Machtmitteln!

Wer in die Schweiz eingebürgert wird, sollte sich mit unserem System identifizieren können und willens sein, als Mitglied dieses Volkes verantwortlich mitzudenken und mitentscheiden zu können.

Das bedingt einen persönlichen, charakterlichen Entwicklungs- und Bildungsstand, der wohl rein statistisch gesehen nur in den wenigsten Fällen erfüllt wird! **Die damit einhergehende schleichende Zersetzung von Gesellschaft, Demokratie und Rechtsstaat lässt auf der «anderen» Seite Begehrlichkeiten nach zunehmender Entmachtung des Souveräns und Bevormundung aufkommen (z.B. Verfassungsgericht...).** Die Symptome sind bekannt, werden täglich in den Medien ausgebreitet. – Symptombekämpfung ist angesagt – von Polizei, Sozialdiensten, bis zu den Gerichten usw. **Aber tiefgehende Analysen und in der Folge nach wie vor – Strategien fehlen!**

Alexander Steinacher, Thalwil